

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Frau Merkel hat einen Plan ... – Seite 4***
- ***WASG kommt auf die offenen Listen der PDS – Seite 5***
- ***Iran: Erdrutschsieg für Islamisten – Seite 7***
- ***München: Ja zu Moscheebau – Seite 12***
- ***Berlin: Tarifkonflikt Verkehrsbetriebe beigelegt – Seite 15***
- ***Dokumente zu PDS/WASG – Seite 18***

Ausgabe Nr. 13 am 30. Juni 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Verbraucherstimmung bleibt schlecht

www.gfk.de maf. Nach einer Studie der Deutschen Gesellschaft für Konsumforschung hat die mögliche Neuwahl bis jetzt noch keine Aufbruchstimmung der Verbraucher ausgelöst. Zwar hätten sich die Erwartungen der Konsumenten an die wirtschaftliche Entwicklung und die Einschätzung ihrer persönlichen finanziellen Zukunft gegenüber dem Vormonat ganz leicht verbessert. Jedoch sei die Neigung der Deutschen, größere Anschaffungen zu tätigen, erneut gesunken. Die Bundesbürger könnten sich nach wie vor kein klares Bild darüber verschaffen, mit welchem Maß an Planungssicherheit sowie an finanzieller Be- oder Entlastung sie rechnen können. Vor allem die Einkommenserwartung und die Anschaffungsneigung schienen sich im Trend nicht erholen zu wollen. Betrachte man die alten und neuen Bundesländer gesondert, ergäben sich keine bemerkenswerten Unterschiede beim Verlauf der Indikatorenwerte für die Einkommenserwartung, die Konjunkturerwartung und die Anschaffungsneigung. Nach wie vor sei jedoch die Stimmung der Konsumenten im Osten insgesamt erheblich schlechter als im Westen. Die Erwartungen der deutschen Verbraucher an die wirtschaftliche Entwicklung unterschieden sich damit erstmals wieder deutlich von den Erwartungen der Finanzanalysten (ZEW) und der Einschätzung der Unternehmen (ifo) zu den Konjunkturaussichten, die, anders als die Bürger derzeit, einen positiven Streifen am Horizont sähen. – Während sich also die Wirtschaft auf eine neue Regierung, wenn auch verhalten, freut, sehen die Verbraucher schwarz. Von den beschäftigten Personen fürchtet im Westen jede dritte und im Osten jede zweite den Verlust des Arbeitsplatzes im kommenden Jahr.

Musterklage gegen Sozialhilfe-Regelsatz

www.paritaet.org, 23.6. alk. Der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) will eine Musterklage gegen den Sozialhilfe-Regelsatz auf den Weg bringen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hält die Höhe des Sozialhilferegelsatzes und die davon abgeleitete Grundsicherung für Erwerbslose für zu niedrig und für nicht verfassungskonform. Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II müssen nach Berechnungen des DPWV um 19 Prozent erhöht werden, um die 4,6 Millionen Betroffenen vor Armut zu schützen. Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider: „Wir brauchen Regelsätze, die ein Leben ohne Armut ermöglichen. Stattdessen haben wir Regelsätze, die

Armut verschärfen.“ Der Verband hat die Methode zur Berechnung des derzeit geltenden Regelsatzes von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II bereits mehrfach kritisiert und hält es für dringend geboten, die Verfassungsmäßigkeit der Regelsatzhöhe zu prüfen. Der DPWV kann eine solche Klage nicht anstrengen, wohl aber einen Kläger unterstützen.

Schily entdeckt sein Herz für Flüchtlingskinder

Berliner Zeitung, 24.6. rül. Nach sieben Jahren Amtszeit hat Bundesinnenminister Schily sein Herz für Flüchtlingskinder entdeckt. Der gleiche Minister, der sich all die Jahre weigerte, einer Rücknahme der deutschen Vorbehalte gegen die UN-Kinderkonvention zuzustimmen, weil diese verbietet, Flüchtlingskinder in Abschiebehaft zu sperren und wie Erwachsene abzuschieben, trug auf der Innenministerkonferenz am 23.6. auf einmal sein Herz für Kinder vor. Die Innenminister sollten, so Schily, bei Kindern und Jugendlichen, die sechs Jahre hier gelebt, zur Schule gegangen und aufgewachsen sind, in Zukunft von Abschiebungen absehen. Kinder und Jugendliche sollten nicht für Verfehlungen ihrer Eltern bestraft werden, fügte er hinzu. Während die völlig überraschten Grünen Schilys Vorstoß sofort unterstützten, lehnte die Mehrheit der Innenministerkonferenz Schilys Vorstoß kühl ab – die „seelenlose Abschiebemaschinerie“, zu der das deutsche Asylrecht nach Einschätzung von Flüchtlingsorganisationen in den letzten Jahren verkommen ist, soll ungehindert durch humanitäre Überlegungen weiterarbeiten.

Europol wirbt um Gunst der Geheimdienste

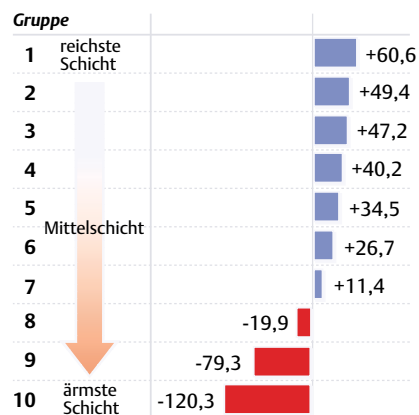
Der Standard, 23.6. hav. Der Direktor der EU-Sicherheitsbehörde Europol, Max-Peter Ratzel, will die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten forcieren. Das kündigte der Deutsche, der seit Februar Chef von Europol ist, am Mittwoch am Rande einer Sicherheitskonferenz im Bundeskriminalamt in Wien an. Jüngste Analysen hätten gezeigt, dass es kein Terrornetzwerk in Europa gebe. Auch Verbindungen zwischen Terroraktivisten und anderen kriminellen Gruppen seien nur punktuell anzufinden. „Bis vor kurzem schien es, als ob organisierte Kriminalität und Terrorszene gemeinsame Sache machten. Doch nach heutiger Kenntnislage gibt es keine strukturellen Zusammenhänge.“ Generell strebt Ratzel eine stärkere Einflussnahme seiner insgesamt rund 500 Eurocops bei Ermittlungen an. Dies wäre auch in der EU-Verfassung vorge-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

GELD KOMMT ZU GELD

Veränderung des Geldvermögens* 2003 gegenüber 1993

nach sozialen Schichten in Prozent
(Aufteilung in zehn Gruppen von reich nach arm)



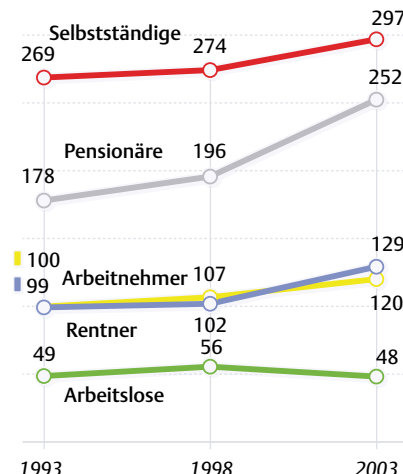
* z.B. Spareinlagen, Aktien, Lebensversicherungen

StZ-Grafik/zap

Quelle: ZEW

VERLIERER ARBEITSLOSE

Durchschnittliches Gesamtvermögen nach sozialen Gruppen in Tausend Euro

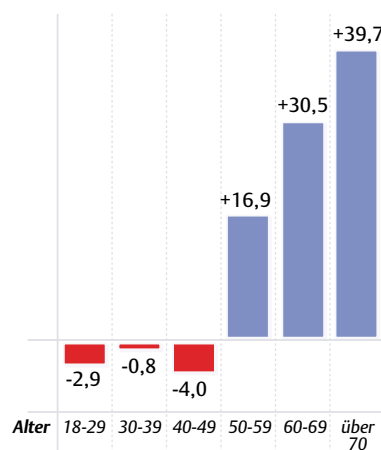


StZ-Grafik/zap

Quelle: ZEW

JÜNGERE FALLEN ZURÜCK

Veränderung des Durchschnitts- vermögens 2003 gegenüber 1993 nach Altersklassen in Prozent



StZ-Grafik/zap

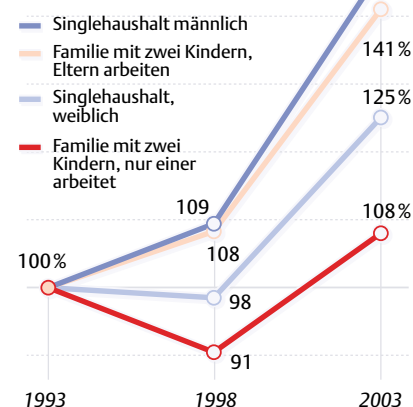
Quelle: ZEW

Stuttgarter Zeitung, 27.6. alk. Die Grafiken sind von der Stuttgarter Zeitung aufbereitete Ergebnisse einer umfangreichen Studie des Mannheimer Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) über die Entwicklung der Vermögen in der BRD zwischen 1993 und 2003. Manches ist nicht sehr überraschend, zum Beispiel dass die ärmeren Schichten in beträchtlichem Umfang ihre Geldreserven auflösen mussten, während die Reichen diese überdurchschnittlich erhöhten, die bekannt Umverteilung von Arm nach Reich. Wobei zu bemerken ist, dass unter Berücksichtigung des Immobilienvermögens die Mittelschichten die Hauptgewinner bei den Vermögen sind. Interessant ist der enorme Zuwachs bei den Gesamtvermögen in der Gruppe der Pensionäre (ehemalige Beamte); die Studie führt das darauf zurück, dass dort vor allem in Aktien und Fonds investiert wurde und wer rechtzeitig umschichtete beträchtliche Vermögenszugewinne erzielen konnte. Dass die Arbeitslosen Vermögen (hauptsächlich Geldrücklagen) verloren, ist bei zunehmender durchschnittlicher Dauer der Arbeitslosigkeit nicht verwunderlich. Die Vermögensschichtung nach Alter deutet auf ein gesellschaftliches Phänomen, das vielleicht nicht dauerhaft sein wird: Dass in jüngeren Jahren bei wirtschaftlich schwierigen Zeiten, vorhandenes Vermögen eher abgebaut wird, ist nicht so verwunderlich als dass bis in die höchsten Lebensjahre die Vermögen überdurchschnittlich angestiegen sind. Es hat sozusagen eine Umverteilung von Jung nach Alt statt gefunden. Die Grafik schließlich, die Familienstatus und Vermögen darstellt, macht vor allem deutlich, dass das Modell Kinder mit einem Verdienner ökonomisch ins Hintertreffen geraten ist. (www.zew.de, 250 Seiten als pdf-Datei erhältlich)

BREMSE FAMILIENPAUSE

Entwicklung des Vermögens im mittleren Lebensalter

nach Haushaltstypen in Prozent,
Haushaltsvorstand 30 - 49 Jahre alt
(1993 = 100)



StZ-Grafik/zap

Quelle: ZEW

sehen gewesen, doch nach dem jüngsten Scheitern der Verfassung sind die „Joint Investigation Teams“ weiterhin auf die Abgabe von Empfehlungen beschränkt. Ratzel sieht darin aber keinen „unmittelbaren Nachteil“ für seine Behörde, Europol sei durch die Europol-Konvention abgesichert.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit im EU-Parlament

Berliner Zeitung, 24.6. rül. Mit großer Mehrheit haben die Abgeordneten des Europaparlaments am 23. Juni beschlossen, dass ihre Diäten künftig gleich hoch sein sollen. Unabhängig vom Herkunftsland des oder der Abgeordneten soll es künftig 7.000 Euro Diät geben. „Bild“ tobte zwar („Abzocker“ usw.) über die durch den Beschluss deutlich steigenden Diäten der Abgeordneten aus Osteuropa. Andere aber verlieren. Denn bisher hatten sich die Diäten der EU-Abgeordneten an den Diäten der Abgeordneten in den natio-

nen Parlamenten orientiert. Italienische EU-Abgeordnete erhielten so 11.000 Euro, slowakische EU-Abgeordnete 900 Euro. Mit diesem „Herkunftslandprinzip“ machte das Parlament nun Schluss. Ob der neue Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ künftig auch für die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie der EU gilt, wird sich zeigen. Immerhin: Ein Einstieg zu mehr Gleichheit bei den Einkommen und sozialen Standards in der EU ist gemacht.

Dialog mit Bürgern soll EU-Krise mildern

Frankfurter Rundschau, 21.6. hav. Um einen Weg aus der Vertrauenskrise zwischen der EU und ihren Bürgern zu finden, schlägt für die sozialdemokratische Fraktion deren Vorsitzender Martin Schulz jetzt vor, die Zukunft der EU auf „Bürgerforen“ in allen 25 Mitgliedsländern zu diskutieren. Dazu sollen die nationalen Parlamente und Regierungen einladen und die Organisationen der Zi-

vilgesellschaft beteiligen. Schulz erhofft sich davon einen Beitrag zum notwendigen Klärungsprozess, wie es mit der EU-Verfassung weitergehen kann. Um zu verhindern, dass diese Foren von innenpolitischen Streitthemen überlagert werden, schlägt er in einem Brief an alle Fraktionen und an die Führungen der anderen EU-Institutionen vor, dass die Veranstaltungen in allen Ländern „zu den gleichen Themen im gleichen Zeitraum“ stattfinden. Die Ergebnisse sollen dann in die Beratungen über das weitere Verfahren mit der Verfassung einfließen. Zugleich plädiert Schulz für ein einjähriges Arbeitsabkommen zwischen den europäischen Institutionen. Es soll die Verabschiedung umstrittener Gesetze, die Vereinfachung der Gesetzgebungsverfahren und den Abbau von Bürokratie fördern; auch eine Verbesserung der Außenpolitik und eine bessere und vor allem rechtzeitige Unterrichtung der nationalen Parlamente über Vorhaben der EU ist angepeilt.

Zusammenstellung: alk

Frau Merkel hat einen Plan ...

Als ein wesentliches Thema des Wahlkampfes, soweit überhaupt Themen eine Rolle spielen, zeichnet sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Die Union hat sie ins Gespräch gebracht, sie sagt, anders wäre eine Umstellung der Finanzierung der Gesundheitskosten vom Lohn auf einen Einheitsbeitrag und Staatsfinanzierung nicht möglich (mit dieser Gesundheitsreform werden wir uns in einer der nächsten Ausgaben beschäftigen). Die CDU-Ministerpräsidenten haben mit Bedingungen und Vorbehalten Zustimmung signalisiert, CSU-Stoiber zielt sich noch etwas, und die FDP schreit Nein. Es steht aber fest, der Wahlbürger weiß, wenn er die Union wählt, kann er damit rechnen, dass die Mehrwertsteuer erhöht wird. Im Falle eines Wahlsieges kann die Union darauf verweisen, dass sie dafür die Ermächtigung erhielt.

Die SPD hofft, aus der Ankündigung der Union Wahlstimmen-Honig saugen zu können. „Unsozial“ sei das ganze Projekt, stattdessen müsste eine „Reichensteuer“ her und ähnliches, vor allem aus der so genannten SPD-Linken wird entsprechend agitiert. Wird die SPD damit landen können? Auf den ersten Blick scheint der Vorwurf der sozialen Ungerechtigkeit ja zu stimmen.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer führt zu Preiserhöhungen, die unteren Einkommen können dem kaum ausweichen, der größte Teil ihres Einkommens geht in den Konsum, der sich verteuert. Umgekehrt dagegen die Gut-, Besser- und Unmengenverdienenden: Sie haben höhere Sparquoten und sind daher von Preiserhöhungen nicht so betroffen, außerdem schmerzt eine Preiserhöhung nicht so sehr. Diese Argumentation hat erstmals Ferdinand Lasalle Mitte des 19. Jahrhunderts für die Arbeiterbewegung entwickelt: Verbrauchsteuern seien schädlich, weil sie die Volksmassen belasten, und solche, die nur den Luxus besteuern (Sektsteuer und so) brächten nichts.¹ Seither wird dieses Argument von der SPD bei Gelegenheiten gepflegt und vor allem über Erhöhungen der Einkommensteuer nachgedacht, die in den 1970er Jahren ja dann auch von dieser Partei bis in die Niedriglohnzonen ausgedehnt wurde.

Keine Umverteilungswirkung

Neuere Untersuchungen zeigen allerdings, dass diese Beweisführung der Wirklichkeit nicht standhält. Die letzte Untersuchung für die Bundesrepublik stammt aus dem Jahre 1998; sie wurde aus Anlass der von der Regierung Kohl vorgenommenen Erhöhung des Steuersatzes von 15 auf 16% erstellt. Die

Schlussfolgerung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) damals: „Die Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 15 vH auf 16 vH hat die Haushaltsgruppen in Westdeutschland annähernd gleichmäßig getroffen. Einkommens- und Verbrauchsstrukturen des Jahres 1997 vorausgesetzt, macht zwar der Absolutbetrag der Mehrbelastung bei hohen Einkünften ein Vielfaches des entsprechenden Betrages bei niedrigem Einkommen aus; die Spanne der relativen Mehrbelastung reicht aber in dem hier ausgewiesenen Einkommensbereich nur von 0,4 vH bis 0,6 vH.“ Da gleichzeitig der Beitrag zur Rentenversicherung gesenkt wurde, sah das DIW insgesamt sogar einen Vorteil für die abhängig Beschäftigten gegenüber z.B. den Selbständigen.² Und wer sich erinnert, die damalige Erhöhung führte nicht zu massiven sozialen Protesten.

Eine neuere ausführliche Studie zu den Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung stammt aus der Schweiz von dem Forschungsinstitut SwissVAT.³ Seit 2003 wird dort diskutiert mit dem Ziel einer Beschlussfassung durch Parlament und Volksentscheid im Jahre 2010, dass bis 2025 der bisherige Mehrwertsteuersatz von derzeit 7,5% auf 15% verdoppelt werden soll, um damit die AHV und IV (Altersrenten- und In-

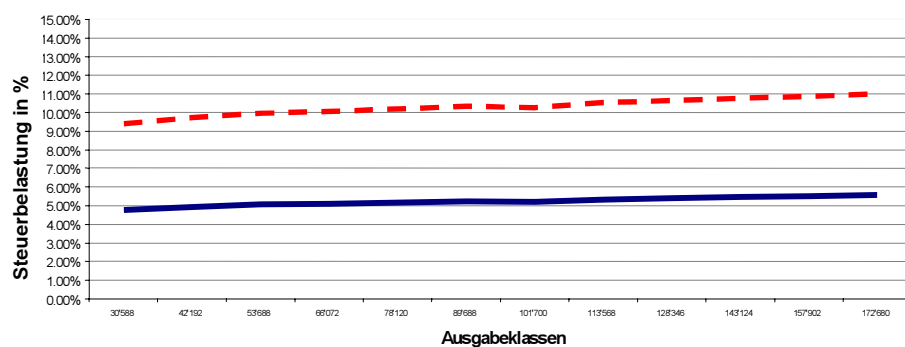
der Mehrwertsteuer (MWST) als Mobilisierungsinstrument taugt:

„Innerhalb einer engen Bandbreite tragen alle Bevölkerungsschichten heute praktisch den gleichen Prozentsatz ihres Einkommens zur MWST bei. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung hat die MWST somit keine signifikante soziale Ausgleichswirkung zwischen hohen und tiefen Einkommen. Künftige Erhöhungen der MWST treffen somit alle Bevölkerungsschichten in praktisch gleichem prozentualen Verhältnis zum jeweiligen Einkommen. Die bei den Unternehmen erhobene MWST erweist sich in der Praxis als ein ungeeignetes Instrument zur Erzielung eines sozialen Ausgleichs unter den verschiedenen Einkommensschichten.“

Für diese relativ gleichmäßige Belastung der verschiedenen Einkommensschichten sei vor allem auch der ermäßigte Steuersatz für Lebensmittel mit verantwortlich, der in der Schweiz ähnlich wie in der BRD Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs geringer besteuert.

Die Auswirkung auf den Konsum sei nicht leicht abzuschätzen. Zwar würde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer Kaufkraft entziehen, wenn aber daraus, wie in der Schweiz vorgesehen, Rentenzahlungen finanziert werden, fließen diese ja auch wieder dem Markt zu.

MWST-Belastung der verschiedenen Ausgabenklassen bei 7.6% und bei 15% MWST



validenversicherung) zu finanzieren.

Nebenbei: Man beachte die beachtlichen Zeiträume für die Diskussion, die eine vernünftige demokratische Entscheidung in einer Volksabstimmung ermöglicht, verglichen mit dem inzwischen hier üblichen „Ruck“-Verfahren von Expertenmeinung, Parteiprofilierung und Meinungsumfragen.

Ohne auf die Einzelheiten der Schweizer Diskussion eingehen zu wollen, sind folgende Aussagen wichtig für unsere Einschätzung, ob eine Erhöhung

Nicht nur Konsumenten betroffen, sondern auch Kommunen und Unternehmen

SwissVAT stellt auch fest, was bisherige Untersuchungen häufig vernachlässigt haben, dass die Mehrwertsteuer nicht vollständig vom Endverbraucher gezahlt wird. Abgesehen davon, dass es nicht immer gelingt, eine Steuererhöhung in vollem Umfang in den Preisen weiterzugeben: Die Mehrwertsteuer muss auch von allen Firmen und Institutionen aufgebracht werden, die nicht

selber Mehrwertsteuer abführen (technischer Ausdruck: die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind). Dazu gehören in der Schweiz die öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen, die Banken, Versicherungen, die Vermieter, Vereine usw. In Deutschland kommt da noch die Post dazu. Für die Schweiz rechnet Swiss-VAT:

„Werden all diese Vorsteuerverluste bei Unternehmen und öffentlichen Institutionen geschätzt und zusammengezählt, ergibt sich, dass die MWST ihre Erträge heute nur zu rund 46% aus der direkten Besteuerung des Endverbrauchs von Konsumenten erzielt (siehe auch Grafik). Rund 54% kommen dagegen aus Belastungen: von Kantonen und Gemeinden (23.4%); der Bundesverwaltung selbst (8.5%); von Banken und Versicherungen (9.9%); der Wohnkosten (6.2%) sowie weiterer Bereiche wie Spitäler, Schulen, Forschung, Sport und Kultur (6%).“

Auf die Bundesrepublik übertragen, heißt das, dass das Unionsprojekt Finanzmittel von den Kommunen abzieht und damit die Nachfrage schwächt, wenn hier kein Ausgleich geschaffen wird.

Fazit

Es sieht also danach aus, dass die Union mit ihrem Plan einer Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung von einer Gesundheitskostenreform Anhängerenschaft bei den mittleren und guten Einkommen finden wird, sowie bei allen, die auf eine Senkung der Lohnkosten setzen, also bei den Kerngruppen ihrer Wählerschaft. Der Vorwurf, dass durch die Mehrwertsteuererhöhung die ärmeren Schichten direkt benachteiligt werden, wird sich in der Öffentlichkeit nicht ernsthaft aufrechterhalten lassen. Zur Beurteilung kommt es auf die Gesamtwirkung an, und ob eine solche Beurteilung in der Öffentlichkeit in der kurzen Zeit bis zu den Wahlen noch zustande kommen kann, ist zu bezweifeln. Zu befürchten ist, dass die Union Zustimmung oder besser gesagt eine Ermächtigung bekommt für einen Plan, der nur in Umrissen erkennbar ist.

Merkel spricht davon, dass sie einen Plan habe, in dem eines zum anderen passe – in deutlicher Kritik an Schröder, der interventionistisch eingreife, wenn's irgendwo brennt. Mit mangelnder Verteilungsgerechtigkeit diesen Plan angreifen zu wollen, wird nicht

Eine neue Kombination auf dem Markt der Meinungen

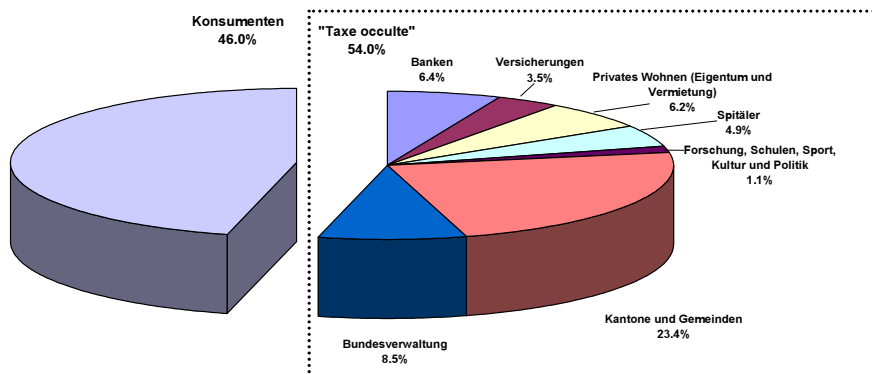
Die WASG kommt auf die offenen Listen der PDS

Soeben wurde das Verfahren bekannt, das Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Auflösung des Bundestages einschlagen will. Den Abgeordneten der SPD wird nahegelegt, sich in der Vertrauensabstimmung zu enthalten. Schröder und Müntefering hatten die Neuwahlen ausgelöst, um ihre Partei zu überrumpeln. Nun ist das Regierungsbündnis aus SPD und Bündnisgrünen zerrüttet, die SPD-Fraktion ruiniert. Die Brückierung der Partei und ihres nahen Umfeldes hat eine öffentliche Meinung geschaffen, die das Werk der (Ab)spaltung von der SPD mit Nachsicht ansieht, teils sogar mit Sympathie. Die Politik der PDS, die mit ihrer langjährigen Strategie der offenen Listen auf die Entwicklung gut vorbereitet war, hat die Fünf-Prozent-Hürde, die solchen Abspaltungsprozessen in vielen anderen Fällen eine Grenze zog, außer Funktion gesetzt. Etwas mehr als zwei Prozent bei den Landtagswahlen in NRW genügte, um die Bewegung als parlamentarisch relevante Kraft erscheinen zu lassen. Nicht nur in dem negativen Sinne, in dem jede auch noch so kleine Abspaltung eine Partei fast immer Ansehen und Stimmanteile kostet, sondern positiv. Der Weg auf die parlamentarische Bühne ist für die Repräsentanten der WASG gebahnt. Die Geschwindigkeit, mit der sich diese Konstellation in einer durch Schröders Coup aufgewühlten Parteienlandschaft herstellte, steigert die öffentliche Aufmerksamkeit für den Prozess oder das Projekt, zu deutsch Vorhaben, dessen Aussichten in Wahlumfragen inzwischen mit dem vorläufigen Spitzenwert von neun Prozent gehandelt werden. So wie im Wirtschaftsleben eine neue Kombination der produktiven Faktoren Spekulationen auslöst, die zu einer Andersverwendung des gesellschaftlichen Reichtums führen, durch die Neues entsteht und Veraltetes verschwindet, entwickelt auch hier, auf dem Markt der Meinungen und Mehrheiten, das Auftreten einer neuen Kombination ihre organisierende und zerstörerische Kraft. Und so wie da braucht es Zeit, damit sich herausstellt, ob die neue Kombination die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt oder in sich zusammenfällt.

Die WASG, das geht aus Selbstdarstellung und fast allen Kommentierungen hervor, ist ein Produkt der Orientierung der SPD hin auf die „neue Mitte“, die wachsende Teile der Lohnabhängigen ohne angemessene politische Repräsen-

Wer trägt die finanzielle Belastung von MWST-Erhöhlungen:

Finanzierungsbedarf für die Sozialwerke bis 2025 gemäss EDI = 7.6 MWST-Äquivalentprozenten



Quelle: Analyse SwissVAT AG, 2003

Höhere Steuern führen immer zur Umgehung

Schließlich erörtert die Schweizer Studie noch das Problem, dass jede Steuererhöhung den Anreiz erhöht, die Steuer zu umgehen: Schwarzarbeit, Handwerksarbeiten ohne Rechnung, Verlagerung von Geschäften ins Ausland nehmen zu, wenn die Steuererhöhung zu kräftig ist. Nebenbei: die Schweizer Studie erwähnt als Beispiele für Steuerumgehungen die Einführung einer „Reichtumssteuer“ im Kanton Basel Land im Jahre 1973, die zu entsprechenden Wohnsitzverlegungen führte, ebenso wie eine spezielle Steuer auf Fein- und Münzgoldumsätze, 1980 eingeführt, die entsprechenden Geschäfte komplett ins Ausland trieb. Steuern steuern, aber eben nicht immer in die erwünschte Richtung.

funktionieren. Nach all dem, was die rot-grüne Regierung hier an Schändlichem in den letzten Jahren fertiggebracht hat, kann sich die Union eher als sozial gerieren. Die Kritik lässt sich eher daran entwickeln, wohin der Plan von Frau Merkel führen soll: erkennbar ist Ausgrenzung, mangelnde Chancengerechtigkeit, insbesondere beim Interkulturellen.

- alk
- 1 „Entweder die Luxussteuern sind keine Luxussteuern, d. h. sie liegen auf Gegenständen des auch in den untersten Volksklassen allgemein üblichen Verbrauchs wie Kaffee oder Thee, Bier, Branntwein, Seife, Licht etc..., – oder aber sie sind wirkliche Luxussteuern und dann bringen sie Nichts.“ Lasalle 1863
 - 2 DIW Wochenbericht 14/1998, www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/98-14-1.html
 - 3 Studie der SwissVAT AG: Wer trägt die finanzielle Belastung und was sind die Nebenwirkungen einer Erhöhung der Mehrwertsteuer? Zürich, August 2003, www.swissvat.ch/publikationen/pub0803gs.pdf

tanz ließ. Diese Entwicklung hat zwei Momente, das eine liegt in der Kränkung und Zurücksetzung, die solche Nichtbeachtung auslöst. Das betrifft die Stimmung. Die wirtschaftliche Entwicklung hat zur schlechten Stimmung noch die reale Gefährdung und die Erfahrung wirklichen Verarmens gefügt. Die fehlende Aufmerksamkeit der Parteirepräsentanten führte zu Gesetzen, die ein aus Gründen der wirtschaftlichen Entwicklung hartes Los noch durch die Erfahrung absurder Vorschriften und Verfahrensweisen schärfen. Diese Krise zwischen politischen Repräsentanten und Repräsentierten hat schließlich den Kreis der Repräsentanten, der Funktionäre erreicht. Auf beiden Seiten der klassisch sozialdemokratischen Beziehung zwischen fürsorglichen Funktionären und vertrauensvollen Mitgliedern entstand eine kritische Masse, die hier zur Abspaltung und da zu einer im Wahlverfahren zählbaren Resonanz in der Lage war. Dennoch wären die organisatorischen und programmatischen Hürden viel zu hoch gewesen, nur in der schützenden organisatorischen und inhaltlichen Hülle der Gewerkschaftsbewegung konnte sich die WASG entwickeln. (Ähnliche Dienste leisteten die Verfassten Studentenschaften der alternativen Bewegung in den sechziger Jahren).

Die PDS entstand aus dem Zerfall der realsozialistischen Staatspraxis. Sie konnte überleben, weil das politische Ziel der Emanzipation des Menschen auch in der staatssozialistischen Welt aufgerichtet war, die gerade daran zugrunde ging, dass sie es systematisch verfehlte und sogar verkehrte. Im Reich der Weltanschauungen sind derartige Ereignisse nicht singulär. So verbrannten die christlichen Kirchen Ketzer und Hexen aus Gründen der Nächstenliebe. Sie konnten sich aus solchen Verfehlungen bis zu einem gewissen, für viele nicht überzeugenden Grade herausarbeiten, weil sich das Verbrennen von Ketzern mit dem Gebot der Nächstenliebe kritisieren läßt. So hält auch die staatssozialistische Repression und Entmündigung eine Überprüfung unter dem Kriterium der Emanzipation nicht aus. So konnte sich die PDS nicht nur irgendwie retten, sondern als kritische Partei neu konstituieren. Die Verarbeitung gelebter Biografie hat diesen Prozess sehr kompliziert und für Außenstehende in weiten Teilen undurchschaubar gemacht. Was aber jeder, der hinschaut, sehen kann, ist, dass die PDS eine Partei ist, die in ihrer inneren Verfassung Kritik zulässt und in ihren politischen Zielen Freiheitsrechte der Person als entscheidendes Kriterium politischer Verfassung und politischen Handelns anerkennt. Auf dieser Grundlage, die inzwischen auch programmatisch fixiert ist, konnte die Partei auch im Westen wirksam werden. Es soll hier

nicht verschwiegen werden, dass für das Parteileben und die Politik der PDS in vieler Hinsicht unreflektierte Wohlfahrtsvorstellungen wirksam bleiben. Viele Mitglieder würden ohne Bedenken unterschreiben, dass erst „das Fressen“ kommt und dann „die Moral“, eine Orientierung, die auch in der DDR gelebt wurde, in der sich fürsorgliche Funktionäre um unsere Menschen kümmerten, wobei, wie gerne gesagt wird, „nicht alles schlecht“ gewesen sein mag.

Aus so verschiedenen Orientierungen folgen recht verschiedene Funktionszuschreibungen der Partei. Die Orientierung am Ziel personaler Freiheit und Emanzipation führt zu einem Parteiansatz, der Selbsttätigkeit fördert und in der Partei einen Zusammenschluss Gleicher sieht, die sich mit ihren ebenfalls als Gleiche gesehenen Mitbürgern auseinandersetzen. Staatssozialistische



Vorstellungen schreiben der Partei eher eine sozial fürsorgende und ideologisch eine führende Rolle zu.

Die Kombination von PDS und WASG steht von vorneherein unter dem Zeichen der Repräsentation durch Spitzen, die von Ausgegrenzten und Entrechteten auf die parlamentarische Bühne geschoben werden, um für sie zu sprechen. Dementsprechend erleben wir zur Zeit Politik als Werbung. Das Produkt der Auseinandersetzung ist die Wahlentscheidung, nicht das politisch verkehrsfähige Argument oder das sorgfältig bedachte politische Ziel. Die bloße Sensation, die zum Beispiel gegeben ist, wenn Evel Knevel mit dem Motorrad eine Häuserschlucht überspringt oder ein Paar sich 52 Stunden lang küsst, passt in den ästhetischen Formenkreis der Moderne und zieht Aufmerksamkeit, Zeilen in den Zeitungen, Sekunden bei den Sendern, aber für das soziale Zusammenleben, für die Politik kommt durch das Erfolgserlebnis nicht gerade viel herum. Anders als in der symboli-

schen Welt des Sportes geht es nicht um einen Pokal, der den Schrank schmückt, sondern um die Steuerung des Staatswesens.

Die PDS, die nur als kritische Partei überleben konnte, hat in den letzten 15 Jahren hart gearbeitet, um aus ihrer Kritik Ansätze praktisch wirksamen Handelns zu entwickeln. Ihre Gehversuche fanden nicht immer Beifall, besonders nicht Regierungsbeteiligungen auf Länderebene. Weit weniger umstritten ist der Einsatz der Partei im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, bei dem sich systematische Kritik mit sozialreformerischer Praxis und mitbürgerlicher Selbsttätigkeit verbinden lässt.

Im Praxisbereich der WASG liegen vor allem Kampagnen, die von den Gewerkschaften zur politischen Flankierung ihrer Verbandsziele gefördert werden.

Es geht um das gesetzliche und vielleicht auch ideologische Umfeld von Tarifverhandlungen. Resultat und Art der Kampfführung unterscheiden sich ganz erheblich von politischen Prozessen. So kann und muss eine Gewerkschaft mit Streik drohen. Womit denn könnte eine Parlamentsfraktion drohen? Welche Druckmittel hätte sie? Demokratische Politik braucht Mehrheiten, die auf freien Entscheidungen basieren, am Ausgangspunkt eines gewerkschaftlichen Verbandskampfes steht eine asymmetrische Situation, in der die Kapitalseite das Direktionsrecht hat, es folgt der Ausnahmezustand der Verhand-

lungen, die ohne Recht und Fähigkeit zum Streik nicht weit führen könnten. In dieser Konstellation entsteht eine Verhandlungsgebaren des Typs: Viel fordern und mit weniger zufrieden sein. – Es liegt auf der Hand, dass politische Entscheidungen meistens und Richtungsentscheidungen nie getroffen werden können nach einer Logik des „Mehr“ oder „Weniger“.

Die Kombination aus PDS und WASG könnte sich entwickeln zu einer traditionalistischen Linkspartei, der es um die „Betreuung“ und „Repräsentation“ ausgegrenzter und benachteiligter Schichten der Bevölkerung zu tun ist. Man kann gar nicht laut genug sagen, dass ein solcher Ansatz bereits auf mittlere Frist zum Scheitern verurteilt ist. Um sich auf diesem Feld zu behaupten, muss eine solche Partei für ihre Klientel auch etwas erreichen, und dieses etwas kann nicht bloß ein gutes Gefühl sein, sondern muss anders als ein Geschwätz auch satt machen. Das kann die Partei nur, wenn sie die Macht hat bzw.

an der Macht teilhat. Nun ist weder eine Linkskoalition in Sicht noch sind realistische Ziele für eine Linkskoalition in Sicht. Die Falle ist gespannt: die Versprechen, die von den künftigen Repräsentanten der neuen Kombination so reichlich verstreut werden, gewinnen den Charakter von Geschwätz. Es kann sogar geschehen, dass der Wortschwall wohlmeinender Einfälle die daneben kursierenden, harten, politisch verkehrsfähigen Kritiken entwertet.

Die Resonanz, die das neue Angebot auf dem Markt der Meinungen auslöst, darf, so das Fazit dieser Betrachtungen, nicht verwechselt werden mit dem, was politisch zu tun ist, um die neue Kombination politisch verkehrsfähig auszugestalten. Aus den zentralen Verhandlungen kommt da nicht viel. Anlass zur Hoffnung gibt da schon eher die Art und Weise, mit der Landesverbände der PDS auf das Lärmen Lafontaines reagieren. Durch politisch-inhaltliche Klarstellung und, noch viel wichtiger, durch Ziele für den Wahlkampf.

Es ist nicht denkbar, dass die programmatischen Probleme, die sich vor allem vor der WASG auftürmen, im Zuge des Wahlkampfes gelöst werden können. Dafür braucht es sehr viel mehr Zeit. Es braucht auch viel mehr Möglichkeiten zur Teilnahme der Öffentlichkeit und der Mitglieder. Es ist deswegen ein ehrlicher Weg, den Willen zu einem solchen Klärungsprozess zu erklären und gleichzeitig einzugestehen, dass es vor der Wahl einfach nicht geht. Daraus entsteht dann freilich ein Stück Unsicherheit, und zwar kein kleines. Praktisch gesagt: Die Unsicherheit über den Verlauf, den es mit der WASG nehmen könnte, ist so groß, dass sie nur in Kombination mit der PDS, von der man Vieles und Genaues, wenn auch nicht genug Gutes weiß, über die parlamentarische Hürde kommen kann.

Abschließend: Die neue Kombination ist ein Ergebnis von Nachfrage. Es ist in keiner Weise sicher, ob die PDS zusammen mit der WASG etwas aufrichten kann, das dieser Nachfrage tatsächlich entspricht. Das Wahlprogramm, das beide Parteien gemeinschaftlich erarbeiten müssen, erfährt die Funktion eines vorläufigen Parteiprogramms. Wenn die PDS nicht sehr schnell eine Diskussion von Texten möglich macht, wird die Wahl der Listen ein seltsamer Akt, der weit weg von allen Grundsätzen der Demokratie, in abgelegenen Tagungsräumen vollzieht, was zwischen Parteispitzen vereinbart worden ist. Auch die Kandidatinnen und Kandidaten haben dann nicht die Chance, sich demokratisch zu legitimieren, statt einer bloß funktional differenzierten Arbeit für die gleiche Sache würde ein Verhältnis von Führung und Gefolgschaft konstituiert.

maf

Siehe auch Seite 18: Dokumente zu: PDS/WASG

Iranische Präsidentschaftswahl

Erdrutschsieg für Islamisten

Der Ausgang der Präsidentschaftswahl im Iran kommt einem Erdrutsch gleich. Völlig überraschend hatte der Teheraner Bürgermeister Ahmadinedschad, der als absoluter Außenseiter kandidierte, im ersten Wahlgang nicht nur die Stichwahl erreicht, sondern diese dann mit knapp 62% gegen seinen Konkurrenten Rafsandschani für sich entschieden. Nichts war so, wie es die iranische Opposition vorhergesagt und es im Westen erwartet worden war. Die Wahlbeteiligung werde niedrig sein, weil die Iraner der Islamischen Republik überdrüssig seien, hatte es geheißen – aber sie war im ersten Wahlgang mit 63%, im zweiten mit immer noch 60% hoch. Alles laufe, spätestens im zweiten Wahlgang, auf Rafsandschani hinaus, einen erfahrenen, pragmatischen, gemäßigten Konservativen, der die Öffnung zum Westen anstrebe. Aber obwohl die verstrittenen Reformströmungen, die im ersten Wahlgang teils zum Boykott aufgerufen, teils eigene Kandidaten ins Rennen geschickt hatten, im zweiten relativ einhellig zur Wahl Rafsandschanis aufriefen, unterlag dieser mehr als deutlich. Die USA, die EU, die iranische Opposition stellen den Wahlausgang in Frage, machen massiven Wahlbetrug und kräftige Einflussnahme durch den islamischen Wächterrat geltend. Tatsächlich hatte dieser von ca. 1000 Kandidaten nur acht zugelassen; auch machte die Wahlkommission verschiedene Mängel und Manipulationen öffentlich. Aber all das reicht nicht, den Wahlausgang zu erklären. Verschiedene westliche Kommentatoren hatten vorher erklärt, es gehe bei den Wahlen um eine Richtungsentscheidung, und darum ging es dann auch. Die Mehrheit der

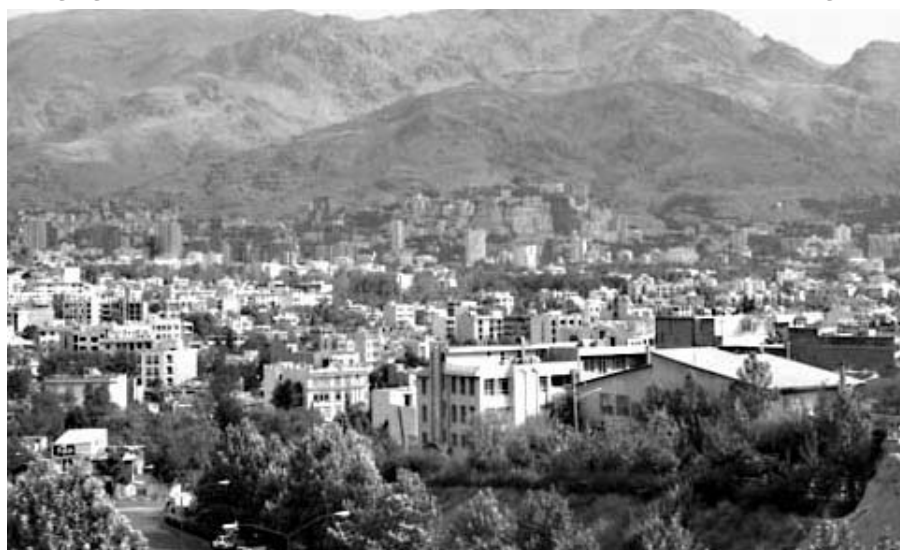
Wähler hat den Weg, der sich mit dem Namen Rafsandschani verbindet – Wirtschaftsreformen, Privatisierung, Öffnung zum Westen – abgelehnt.

Ahmadinedschad, der sich in seiner politischen Laufbahn als Mitglied der Revolutionsgarden, Gouverneur von Ardebil und Bürgermeister von Teheran den Ruf eines beinhalten islamischen Fundamentalisten erworben hat, wird interessanterweise der erste iranische Präsident seit 1979 sein, der kein hohes geistliches Amt hat. Er hat eine Ausbildung zum Bauingenieur absolviert und eine Professur an der Technischen Hochschule Teherans. Die rund 17 Millionen Stimmen, die ihn zum Präsidenten machen, erhielt er überwiegend von den Marginalisierten, aus den Elendvierteln der Großstädte, aus armen Provinzen und von benachteiligten Stämmen.

Der Teheraner Bürgermeister, der sich in seinem Lebensstil – er fährt ein 30 Jahre altes Auto und wohnt in einem kleinen Haus in einem Arbeiterviertel Teherans – krass von seinem Gegenkandidaten unterscheidet, bezeichnet sich gerne selbst als „Diener und Müllmann des Volkes“. Soweit sich das aus der Berichterstattung erschließen lässt, ist er mit drei Programmpunkten angetreten.

Islamischer Wohlfahrtsstaat

Den ersten Punkt hat er in dem Satz zusammengefasst: „Der Ölreichtum des Iran muss am Esstisch der einfachen Menschen bemerkbar werden“.¹ Zu seinen Versprechen zählen höhere Löhne, eine bessere Gesundheitsversorgung für die Armen, sozialer Wohnungsbau – schon als Bürgermeister hat er eine Abgabe auf Hochhäuser erhoben und aus den Einnahmen Sozialwohnungen er-



Die rasante Verstädterung geht auch einher mit der Auflösung der traditionellen Lebensweisen, zu Parallelgesellschaften und der auch räumlichen Spaltung der Städte – im Bild ein wohlhabendes Viertel von Teheran – in reiche und arme Stadtteile

richten lassen –, gezielte Entwicklung der ärmeren Provinzen u.ä.m.

Die sozio-ökonomischen Umwälzungen der vergangenen Jahrzehnte haben die iranische Gesellschaft – wie auch andere Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten – erschüttert. Die Verstädterung nimmt rasant zu. Lebten 1970 noch rund 40% der Bevölkerung in Städten, sind es heute über 70%. Am Rande Teherans mit seinen 7 Millionen Einwohnern ballen sich vollständige Großstädte zusammen, so dass die Gesamtmetropolisation 12 Millionen Einwohner – andere Schätzungen sprechen sogar von 14 Mio. – umfasst. Mit Mashhad, Isfahan, Karaj, Täbriz, Schiras, Ghom haben sich weitere großstädtische Agglomerationsräume mit mehr als ein oder zwei Millionen Einwohnern herausgebildet, die Einwohnerzahl von Karaj z.B. hat sich innerhalb von gut einem Jahrzehnt auf eineinhalb Millionen verdreifacht. Die dramatische Verstädterung ist teils Ergebnis der Landflucht, rund ein Viertel der Landbevölkerung, vor allem die Jungen, soll in den letzten Jahren in die Städte gewandert sein, teils der demographischen Entwicklung: Die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 20, 70% jünger als 30 Jahre, und die Wachstumsraten der iranischen Bevölkerung gehören weltweit zu den höchsten. Man schätzt, dass sich die Einwohnerzahl des Iran von heute 68 Millionen bis 2025 verdoppelt. Die soziale Polarisierung nimmt zu und schlägt sich in den Städten in einer strengen sozialräumlichen Trennung nieder.²

Man kann sich leicht die gigantische Herausforderung vorstellen, die diese Entwicklung an die Wirtschaft, die Arbeitsmärkte, den Wohnungsbau, die Sozialsysteme und das Bildungswesen stellt. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei rund 10%, die reale schätzt man auf 30 bis 40%. Zwölf Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze, 22 Millionen knapp darüber. Die Inflation ist beträchtlich und verschärft die sozialen Gegensätze. Die im Großen und Ganzen gescheiterten Privatisierungsversuche der letzten Jahre haben vor allem die Korruption und Schattenwirtschaft gefördert.

Während Rafsandschani die Privatisierung voranzutreiben und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen versprach, gründet das Konzept Ahmadinedschads, das ausdrücklich an die islamische Revolution anknüpft, gerade auf der Tatsache, dass sich der Reichtum des Landes im Wesentlichen beim Staat konzentriert. Rund 75% der Wertschöpfung findet unter der Kontrolle und Verfügung des Staates bzw. (oft staatlich subventionierter) religiöser Stiftungen statt. Iran verfügt über zahlreiche Bodenschätze, am bedeutendsten sind die Öl- und Gasvorkommen. Die Öl- und Gasindustrie ist staatlich, 1979/80 wurden die 1000 größten Betriebe der pe-

trochemischen, der Stahl-, Metall- und Kfz-Industrie verstaatlichen, ebenso Banken, Versicherungen und Außenhandel. Rund 20 Millionen Iranerinnen und Iraner erhalten ihren Lohn vom Staat. Benzin, Heizöl, Grundnahrungsmittel u.a. sind zum Teil erheblich staatlich subventioniert.³

Die weitgehend gescheiterten Versuche zu Wirtschaftsreformen haben all das gefährdet, während gleichzeitig aufgrund der stetig steigenden Preise auf den Öl- und Gasmärkten die Staatseinnahmen anwuchsen. Die Masse der Bevölkerung an diesem Wohlstand teilhaben zu lassen, dieses Konzept ist die Grundlage des Wahlerfolgs des islamistischen Teheraner Bürgermeisters (und für seinen Erfolg dürften die steigenden Öl-/Gaspreise eine erhebliche Rolle gespielt haben). In seinen Parolen, kommentierte Karl Grobe in der Frankfurter Rundschau (27.6.), hallen „einige lange Kapitel iranischer Geschichte wider[...]. Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft umzulenken zum Nutzen aller statt zum Vorteil der Superreichen war ein Antriebsargument der Revolution von 1979. Es griff seinerseits zurück auf die frühen Fünfziger Jahre, Mohammed Mossadeks Nationalisierung der Ölquellen zu Lasten der britischen Vorbesitzer, was letztlich zum Sturz Mossadeks durch den Eingriff der USA führte.“

„Islamische Identität“

Auch in anderer Hinsicht knüpft Ahmadinedschad als radikaler Islamist an Rhetorik und sogar bruchstückhaft an Konzeptionen des nationalen Befreiungskampfes aus den 50er und 60er Jahren an. Sein Ziel ist erklärtermaßen, Iran zu einer großen, unabhängigen, stolzen Nation zu machen, einer „islamischen Nation“, die auf den Notwendigkeiten der heutigen Welt basiere und Gerechtigkeit verwirkliche.⁴ Dass am Ziel der „islamischen Nation“ indes nichts emanzipatorisch ist, nichts auf Befreiung zielt, wird schnell klar. Ahmadinedschad will die „islamische Nation“ durch Ausarbeitung und Verschärfung von Vorschriften schmieden, die die sozialen Beziehungen und alle Aspekte des täglichen Lebens bis ins Einzelne regulieren.

Das zeigt sich beispielhaft und besonders krass an seiner Programmatik in Bezug auf das Geschlechterverhältnis. Die Lage der Frauen hatte sich in Iran in den letzten Jahren deutlich verbessert, obwohl sie im Zivilleben wie in der Rechtsprechung, bei Eigentumsfragen, Erbschaftsangelegenheiten etc. nach wie vor stark diskriminiert werden. Aber anders als etwa in Saudi-Arabien sind die Frauen in Iran nicht (mehr) aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen; die Hälfte der Universitätsabsolventen sind Frauen, die Alphabetisierung der Frauen ist mit 70% ver-

gleichsweise hoch, in Afghanistan z.B. beträgt sie nur 5%. Ahmadinedschad hat im Wahlkampf eine Reihe von Forderungen erhoben, die die von Frauen zu beachtenden Regeln wieder verschärfen und die in den letzten Jahren gelockerte Geschlechtertrennung vertiefen. So will er durchsetzen, dass die Frauen den Tschador nach strenger Vorschrift tragen, die Geschlechtertrennung sogar in Fahrstühlen durchsetzen usw. All das ist, ebenso wie seine Forderungen nach Verbot der Pop-Musik, westlichen Gedankenguts in den Universitäten (was sich vor allem auf die Geisteswissenschaften bezieht) und ähnliches mehr darauf gerichtet, eine „islamische Identität“ zu schaffen, die auf der Unterdrückung des von Verboten und Regeln umstellten Individuums beruht.



Iran und der Westen

Die Hervorhebung der „islamischen Identität“ geht, wie schon angesprochen, einher mit erneut verschärfter Abgrenzung gegenüber „dem Westen“, der als zerstörerisches Element für eben diese „islamische Identität“ gesehen wird. Auch das spielte im Wahlkampf eine Rolle. In seiner ersten Pressekonferenz nach der Wahl kündigte Ahmadinedschad an: „Unsere Nation schreitet auf dem Pfad des Fortschritts voran, und auf diesem Weg besteht keine besondere Notwendigkeit für Beziehungen zu den USA.“

Der Westen trägt für die wieder zunehmende Abgrenzung maßgeblich Verantwortung. Mit der Option des Krieges gegen den Iran, die die USA wie letzten Endes auch die EU offen halten, hat man Ahmadinedschad den Weg an die Macht geebnet. Die ersten Äußerungen nach den Wahlen lassen befürchten, dass der Konflikt um das Atomprogramm eskaliert und dass beide Seiten einen Weg eingeschlagen haben, der in den Abgrund führt. scc

1 Zitiert nach: Der Standard, 26.6.

2 Eine konzentrierte Darstellung des sozialen Wandels und seine Auswirkungen auf die iranischen Städte findet sich unter: www.elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2004/1960/pdf/Kap03_Sozio_oekonomie.pdf, Soziale und wirtschaftliche Grundzüge der iranischen Städte

3 Nach Länder-Gutachten Iran der Bertelsmann-Stiftung, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/138.0.html>

4 NZZ, 25. und 26.6.



Wir lenken auf dieser Meldungsseite regelmäßig die Aufmerksamkeit auf eine Vielzahl kleiner, zäher, manchmal fast schon heroischer Auseinandersetzungen um Löhne, Sozialversicherung, Arbeitsbedingungen und das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung vor allem im Dienstleistungsbereich in den USA. Im Chicagoer Plaza-Congress-Hotel z.B., einem großen Hotel mit 850 Gästezimmern, streiken 130 gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte, darunter viele Einwanderer, seit jetzt etwas mehr als zwei Jahren. Im Juni 2003 hatte die Geschäftsleitung mitgeteilt, dass die Löhne um 7% gekürzt und die Sozialversicherungszuschüsse eingefroren werden, obwohl kurz zuvor ein Tarifvertrag zwischen der Gewerkschaft und den Chicagoer Hotels mit einer Erhö-

hung der Löhne und Sozialversicherungszuschüsse um 11% in Kraft getreten war. Seit zwei Jahren versammeln sich ständig über 70 Beschäftigte vor dem Hotel zu Streikposten (Bild links). Viele haben anderswo Teilzeit- oder Fulltimejobs angenommen und kommen trotzdem Tag für Tag für einige Stunden, um sich am Streik zu beteiligen. Laut Auskunft der Gewerkschaft hat das Hotel nur noch eine Belegungsrate von 35% (Chicagoer Durchschnitt: 70%) und Verluste von 46,2 Mio. \$. Der Streik erfährt große Unterstützung, über 100.000 \$ wurden bisher gespendet, und am 14. Juni, dem 2. Jahrestag des Streikbeginns, demonstrierten knapp 1000 Menschen ihre Solidarität. – In New York kämpfen Beschäftigte der Starbucks Coffee Company – die welt-

weit agierende Kette hat auch ca. 40 Coffee Shops in Deutschland – für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation. Seit Mai 2004 schlossen sich immer mehr Beschäftigte in den Coffee Shops in New York der Gewerkschaft an, um Löhne zu erkämpfen, die zum Leben reichen – sie verdienen 8,25 \$/Stunde; weitere wichtige Fragen sind die Dienstpläne, die überlange Arbeitszeiten zulassen, und die ständige Unterbezahlung. Die Company reagierte mit Schikanen und wachsender Repression. Im Mai 2005 feuerte sie eine Verkäuferin wegen gewerkschaftlicher Betätigung, Dutzende anderer Beschäftigte protestieren seither mit vor den verschiedenen Filialen, um die Wiedereinstellung zu erreichen. (Bild rechts)
Quelle: Indymedia Chicago, New York

USA: Bush geht Privatisierung des Rentensystems an

Im Juli wollen die Republikaner das heftig umstrittene neue Rentengesetz – eines der Schwerpunkte der Bush-Administration in der laufenden Legislaturperiode – in Kongress und Senat einbringen. Kern ist die Privatisierung der Rentenversicherung. Von den Rentenbeiträgen (derzeit 13% des Einkommens) soll ein Teil, 3–4%, nicht mehr in die Kassen der Rentenversicherung, sondern in eine neue Klasse privat gemanagter, persönlicher Alterssicherungsfonds voller Aktien, Anleihen oder Geldmarktprodukte. Seit Monaten führt die Regierung eine Kampagne zur Durchsetzung dieser weitgehend unpopulären „Reform“ durch. Sie behauptet, das Rentensystem sei bankrott, für die kommenden Dekaden drohten „Billionenlöcher“ und dergleichen mehr. Ursache dafür sei, dass die Generation der „Baby-Boomer“ dann alt sei und das Rentensystem „belaste“. Richtig ist, dass auch die US-Gesellschaft altert. Aber im Vergleich zu den europäischen Ländern ist sie jung, u.a. deswegen, weil nach wie vor viele junge Einwanderer

ins Land kommen. Auch wurden mit Blick auf die „Baby-Boomer-Generation“ 1983 die Sozialabgaben erhöht, um den in späteren Zeiten daraus entstehenden Finanzierungsbedarf zu decken. Gegenrechnungen machen deutlich, dass die demographische Situation in den 60ern, als die „Baby-Boomer“ jung waren, viel problematischer war, als sie es in den nächsten Dekaden sein wird. Das entscheidende Verhältnis zwischen Beschäftigten und Gesamtbevölkerung war 1965 am schlechtesten. Nach den Daten der amerikanischen Rentenversicherung wird der damalige Tiefpunkt frühestens 2080 wieder erreicht sein. Es geht den Kritikern zufolge bei der Rentenreform nicht um die Lösung einer absehbaren Krise, sondern um einen Paradigmenwechsel. (Quelle: ZNet 18.6., Die Zeit)

Zwangsräumungen in Zimbabwe

Über 200 afrikanische und internationale Menschenrechtsorganisation haben sich mit einem dringenden Appell an die Afrikanische Union und die UNO gewandt: Die vor vier Monaten begonnene Zerstörung der Armenviertel in

Zimbabwe hat bisher rund 300.000 Townshipbewohner zu Obdachlosen gemacht, Menschenrechtsorganisationen aus Zimbabwe sprechen sogar von einer Million. Trotz gegenteiliger Zusagen unternimmt die Regierung nichts, um die Not der von den Zwangsräumungen Betroffenen auch nur zu lindern. Alle Organisationen der Zivilgesellschaft in Zimbabwe verlegen ihre ganze Energie darauf, Decken und warme Kleider zu sammeln. Da derzeit Winter ist, sind viele Obdachlose, vor allem Kinder und Aids-Kranke, akut bedroht. Die Regierung Mugabe rechtfertigt die zynisch „Abfallbeseitigung“ genannte Operation als Maßnahme der Kriminalitätsbekämpfung. Die Zwangsräumungen verstößen insbesondere gegen die Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; zwei Zusatzprotokolle untersagen explizit Zwangsräumungen. Die UN-Menschenrechtskommission verurteilte die Zwangsräumungen, UN-Generalsekretär Annan hat die Tansanierin Tibaijuka zur Sonderbeauftragten für die Krise ernannt, sie wird die Zwangsräumungen jetzt vor Ort untersuchen. (Quelle: ai, NZZ)

Zusammenstellung: scc

HAMBURG. Zu einem eindrucksvollen Erfolg wurde die Kundgebung, zu der das Bildungsbündnis am 16. Juni 2005 unter dem Motto „Wir stehen auf – Gebührenfreie Bildung für Alle von der Kita bis zur Hochschule“ aufgerufen hat. Ab 13 Uhr zogen Demonstrationen von verschiedenen Treffpunkten zum Rathausmarkt, den ab 14 Uhr mehr als 20.000 Menschen füllten. Sprecherinnen und Sprecher der im Bildungsbündnis zusammengeschlossenen Organisationen machten dort deutlich, wie sich der Hamburger Senat in allen Bildungsbereichen als Abbruchunternehmen betätigt und welche unsozialen und bildungsfeindlichen Folgen diese Politik für die Menschen in Hamburg hat. Die Kundgebung auf dem Rathausmarkt wie auch die 18 dezentralen Demonstrationen im gesamten Stadtgebiet waren ein unübersehbares Zeichen, dass diese Politik auf entschiedenen Widerstand stößt und eine breite Protestbewegung ausgelöst hat, die von den verantwortlichen Politikern nicht länger unterschätzt werden sollte.

www.gew-hamburg.de



Eltern und GEW wollen das geplante Büchergeld kippen

ERFURT. Eltern von Grundschulern sollen ab dem nächsten Jahr 22,50 Euro für die Schulbücher bezahlen, bei allen anderen Schularten liegt die Pauschale bei 45 Euro. Wer staatliche Unterstützungsleistungen erhält beziehungsweise vier oder mehr Kinder hat, muss laut Verordnung nicht zahlen. Ermäßigung gibt es bei zwei und drei Kindern. Die Verordnung über das neue Schulbuchgeld verstößt gegen die Verfassung von Bund und Land sowie gegen die sozialstaatlichen Grundlagen des Freistaates Thüringen. Zu diesem Ergebnis kommt die Hannoveraner Anwaltskanzlei Godehard Schreiber. Für Landeselternsprecher Uwe Röpke gibt es nach diesem Gutachten nur eine Konsequenz: „Die entsprechende Verordnung muss ausgesetzt werden“. Geschehe das nicht, behalte sich die Elternvertretung den Klageweg vor. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht in der künftigen Beteiligung von Eltern an den Kosten für die Schulbücher ihrer Kinder die Gefahr eines „Schulgeldes durch die Hintertür“. Durch den Wegfall der Lernmittelfreiheit werde das Land laut Haushaltsplan 2,9 Millionen Euro einsparen, laut Berechnungen der Gewerkschaft wird das Land aber aus der Schulbuchpauschale etwa 5–8 Millionen Euro einnehmen.

www.landesjugendring-thueringen.de

Summer of resistance in Baden-Württemberg

STUTTGART. Rund 1.200 Studierende nahmen am 23. Juni an der inzwischen 3. Demonstration gegen die Einführung von Studiengebühren teil (siehe Bild). An verschiedenen Universitäten des Landes fanden in der Woche davor Aktionen statt. In Mannheim zum Beispiel gab es eine „Zeltstadt gegen Studiengebühren“ und am 16. Juni eine „Jubelde-

mo“ FÜR die Einführung von Studiengebühren statt. Unter dem Motto „Bettelstudies raus – die nehmen uns nur aus“ versammelten sich um die 20 in Abendgarderobe gekleidete Menschen vor der Mensa. In Stuttgart gibt es seit dem 10. Mai die „Uni-WG“, als eine Art Protestplattform. Der „Summer of resistance“ (Sommer des Widerstands) habe erst begonnen, so die Studierenden. *alk*

Weitere Berichte von Demonstrationen, Streiks, Protestaktionen und Vollversammlungen aus dem ganzen Bundesgebiet siehe Homepage: www.kein-spiel-mit-bildung.de



SchülerInnenvertretung kritisiert Pläne zur Schulpolitik in NRW

DÜSSELDORF. Die LandesschülerInnenvertretung (LSV) NRW kritisiert die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen von FDP und CDU zur Schulpolitik. Sara Loetz, Landesvorstandsmitglied der LSV, merkt an, dass nicht zu Gunsten der Schülerinnen und Schüler gehandelt wird, sondern die Interessen der Wirtschaft im Vordergrund stehen. Hier die Überschriften aus der umfangreichen Stellungnahme: • Wahlversprechen wurden gebrochen • Gegen die Einschulung mit 5 Jahren, Finanzierung und Umsetzung der Übergangsjahre (in denen 160.000 mehr betreut werden müssten) unklar • Für eine integrative Ganztags Gesamtschule • Für eine Abschaffung von Noten • Gegen die Aufhebung von Schulbezirken • Für die Beibehaltung des Faches „Naturwissenschaften“ • Für die Einstellung von

neuen LehrerInnen • Interessen der SchülerInnen werden nicht beachtet.

Um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen, haben die SchülerInnenvertreter einen Schilderwald hergestellt, der aufzeigen soll, dass Jürgen Rüttgers und die vermeintliche Koalition aus CDU und FDP einen falschen Weg in der Schulpolitik einschlagen. Die Vorstellungen einer besseren Politik werden ebenfalls dargestellt. Mit dieser Aktion schlossen sie sich am 22. Juni den Protesten der Düsseldorfer Studierenden an, die gegen die Einführung von Studiengebühren, einen weiteren Punkt in der Koalitionsvereinbarung, vor dem Landtag demonstrierten.

www.lsvnw.de

Für Bleiberecht von Minderjährigen Demonstration in Frankfurt am 14.7.

BERLIN/FRANKFURT. In Appellen an die Innenminister fordern Schülerinnen und Schüler sowie KünstlerInnen, Theaterschaffende, SchriftstellerInnen etc. ein Bleiberecht für minderjährige Flüchtlinge und deren Familien. Die Aktion ist Teil der Kampagne „Hier geblieben!“, die im April vom Berliner Flüchtlingsrat, dem Berliner Grips-Theater und der GEW initiiert wurde und inzwischen von zahlreichen Flüchtlingsinitiativen und Hilfsorganisationen sowie gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppen unterstützt wird. Der „Appell der Kinder und Jugendlichen“ fordert: „... für die über 200.000 nur ‚geduldeten‘ Flüchtlinge endlich ein Recht auf Bleiberecht verabschieden und sich für die vollständige Anerkennung der UNO-Kinderrechte einsetzen.“ Und im „Appell der Kulturschaffenden“ heißt es: „Mit großer Besorgnis sehen wir, dass das neue Zuwanderungsgesetz nicht für ein Zusammenwachsen der gemeinsamen Welt steht, sondern für Abschiebung, Selektion und eine höhere Mauer um Europa.“ Inzwischen haben bundesweit über 2.000 Kinder und Jugendliche persönliche

Postkarten mit der Forderung nach Bleiberecht an die Innenminister geschickt. Und über 1.000 Menschen haben den „Appell der Kulturschaffenden“ unterzeichnet.

In Frankfurt/Main ruft ein breites Bündnis von StadtschülerInnenrat, GEW, Gesamtpersonalrat der LehrerInnen, Stadelternbeirat, Flüchtlingsrat, Pro Asyl, Kommunale Ausländervertretung und Initiativen gegen Abschiebung zu einer Großdemo am 14. Juli „Für das Bleiberecht von SchülerInnen“ auf. Bis dahin sollen mindestens 10.000 Unterschriften gesammelt werden.

bab, www.hier.geblieben.net

Zuwanderung als zentrales Wahlkampfthema ist brandgefährlich

BERLIN. Als brandgefährlich bezeichnen PRO ASYL, das Referat Migrationspolitik des DGB-Bundesvorstandes und der Interkulturelle Rat in Deutschland die Absichtserklärungen des Bayerischen Innenministers, Günther Beckstein, und des stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, die Frage der weiteren Zuwanderung nach Deutschland im Wahlkampf „massiv“ thematisieren zu wollen. Eine negativ besetzte Zuwanderungsdebatte ginge an der Realität in Deutschland völlig vorbei und wäre bloße Stimmungsmache. Mit biologistischen Begrifflichkeiten wie der „bestandserhaltenden Geburtenrate“ und dem Vorwurf an rot-grün, eine „Multikulturalisierung durch die Hintertür“ zu betreiben, äußere sich der Bayerische Innenminister ebenso unseriös wie Oskar Lafontaine, der in rechts-populistischer Diktion vor „Fremdarbeitern“ warnt, die Familienväter und Frauen die Arbeitsplätze wegnehmen. „Wer Sozialneid schürt und Migranten und Flüchtlinge zu einer Ursache der aktuellen ökonomischen Krise erklärt, gibt die Betroffenen als Sündenböcke frei und riskiert, dass sie verstärkt zur Zielscheibe rechtsgerichteter Angriffe werden. Er fügt überdies dem politischen System der Bundesrepublik schweren Schaden zu. Mittelfristig werden sich die NPD und andere rechtsextreme Parteien hierfür bedanken.“

www.interkultureller-rat.de

Geld statt Sachleistungen! Aktionstage gegen Essenspakete

MÜNCHEN. Seit dem 3. Mai 2005 boykottierten BewohnerInnen des Sammellagers in der Emma-Ihrer-Straße 8 in München die Annahme der Essenspakete. Um nun den Protest in das Herz der Stadt zu tragen, organisierte der „RundeTisch gegen Essenspakete“ – beteiligt daran sind BewohnerInnen des Lagers, die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“, der Bayerische Flüchtlingsrat, der Münch-

ner Ausländerbeirat und noch weitere Kollektive und Einzelpersonen – eine viertägige Dauerkundgebung am zentral gelegenen Sendlinger-Tor-Platz. Unter dem Motto „Na Mahlzeit, Frau Stewens“ wurden am 21. Juni die Aktionstage mit einer Kundgebung vor dem Sozialministerin lautstark beendet. Gekommen waren ca. 50 Menschen, großteils BewohnerInnen des Lagers in der Emma-Ihrer-Straße. Zunächst wurde aus Pappkartons eine Wand in der Zufahrt zum Sozialministerium errichtet, deren Bausteine symbolisierten, was das Ministerium tagtäglich für die Flüchtlinge bereit hält: Natürlich Essenspakete und Sachleistungen, aber auch Lager, Zimmerkontrollen und Hausmeister. Schließlich wurde der „Münchner Appell gegen Essenspakete und menschenunwürdige Lagerunterbringung“ an Ministerialrat Bruno Lischke übergeben, was für die Flüchtlinge auch die Gelegenheit bot, persönlich ihre Anliegen und Beschwerden vorzubringen.

<http://carava.net>



Arbeitskreis Darmstädter Signal begrüßt Freispruch für Major Pfaff

BONN. Die Offiziere und Unteroffiziere des Arbeitskreises Darmstädter Signal begrüßen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni 2005: „Unser Mitglied Major Florian Pfaff wurde vom Vorwurf der rechtswidrigen Befehlsverweigerung freigesprochen. Seine Weigerung als Software-Spezialist Computerprogramme zu schreiben und damit den Irakkrieg der USA logistisch zu unterstützen, stellt nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts keine Straftat dar. Die logistische Unterstützung der USA erfolgte auf Befehl des Verteidigungsministers, der die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts missachtete. Statt die gesetzlichen Beschränkungen für den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland zu beachten und die Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an einem rechtswidrigen Angriffskrieg grundsätzlich auszuschließen, ging das Ministerium, wie in anderen Fällen auch, juristisch gegen die wenigen kritischen Soldaten vor... Der Arbeitskreis Darmstädter Signal sieht in dem jetzt vorliegenden Urteil nicht nur eine Bestätigung seiner eigenen Rechtsauffassung, sondern geht auch davon aus, dass der seit Jahren zu beobachtenden Missachtung der für Bundes-

wehrsoldaten geltenden Rechtslage durch das Ministerium endlich Einhalt geboten ist.

Wir fordern alle Soldaten und Zivilangestellten der Bundeswehr auf, sich rechtswidrigen Befehlen zu widersetzen und sich in vergleichbaren Fällen von Gewissensnot oder anderen Problemen an den Arbeitskreis Darmstädter Signal zu wenden. gez. Helmuth Prieß, Oberstleutnant a.D., Dr. Lothar Liebsch, Oberstleutnant a.D.“

www.darmstaedter-signal.de

Kruzifix im Offenbacher Kreistag bleibt verboten

OFFENBACH. Am 13. Juni 2005 gab der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel der Klage der Grünen-Abgeordneten im Kreistag Offenbach, Ursula Chmelik, statt. Zu dem juristischen Streit kam es, nachdem sich Frau Chmelik durch das Kreuz in ihren Rechten als Abgeordnete beeinträchtigt gesehen hatte. Kreistagsvorsitzender Faust weigerte sich, das Kreuz während der Sitzungen, an denen U. Chmelik teilnahm, zu entfernen. Er hatte das etwa 40 cm große Kruzifix im August 2002 nach einer ökumenischen Feier zur Eröffnung des neuen Kreishauses an der Rückwand des Sitzungssaals angebracht. Aus dem Urteil: das Kreuz könne nicht lediglich als traditionelles und überkonfessionelles Symbol abendländischer Kultur und als säkularer Ausdruck der Werte und Normen dieser Kultur verstanden werden. Für Nichtchristen oder Atheisten werde es zum symbolischen Ausdruck der christlichen Überzeugung und zum Symbol ihrer missionarischen Ausbreitung. Die Neutralitätspflicht des Staates verbiete es, in Parlamentsgebäuden religiöse Symbole anzubringen. Die Auffassung des Kreistagsvorsitzenden, es sei ein Akt individueller Glaubensfreiheit gewesen, als er das Kreuz aufhängte, teilte das Gericht nicht. Dies sei vielmehr eine „staatliche Handlung“, der sich einzelne Mitglieder des Kreistags nicht entziehen könnten. (AZ 8 UZ 54/04). *ros*

Resolution zum Erhalt des hessischen Landeswohlfahrtsverbandes

LÖHNBERG. Einstimmig beschlossen rund 100 Betriebsräte, Personalräte und SchwerbehindertenvertreterInnen aus 68 Betrieben auf der Tagung „Vorbeugen ist besser als kündigen“ im Rahmen des Hessentages am 20. Juni 2005 in Löhnberg bei Weilburg eine Resolution gegen die drohende Auflösung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen sowie Pläne zu seiner Privatisierung bis hin zum Verkauf seiner Einrichtungen. Die Versammlung forderte den Erhalt des LWV als Garant der Behindertenhilfe in Hessen.

*www.hessen.dgb.de
Zusammenstellung: baf*

München: Ja zu repräsentativem Moscheebau

Im Münchner Stadtteil Sendling möchte der Verein DITIM am Gotzinger Platz, gegenüber einem katholischen Gotteshaus, eine Moschee bauen, die als solche auch sichtbar werden soll, u.a. durch zwei Minarette. Bisher trifft sich dieser Verein, der zur DITIB gehört, in einem Hinterhofgebäude im gleichen Viertel, das aber für die Zahl der Gläubigen viel zu klein geworden ist.

Die Aufstockung dieses Hinterhofgebäudes ist baurechtlich bereits genehmigt.

Absehbar ist jedoch, dass durch die vermehrte Nutzung und die Hinterhofsituation Probleme mit Nachbarn auftreten werden. Viel lieber wäre es dem Verein, eine auch von außen erkennbare Moschee am Gotzinger Platz zu bauen. Dort würde ein Parkplatz der Großmarkthalle wegfallen, diese Parkplätze würden durch ein zu bauendes Parkhaus ersetzt.

Als diese Pläne im Viertel bekannt wurde, protestierten viele Anwohner mit den bekannten Argumenten: Parkplatzprobleme, zu viel Verkehr, passt nicht ins christliche München, Angst vor Fundamentalisten – all diese Argumente werden immer genannt, wenn in einer Stadt eine Moschee gebaut werden soll.

Auf einer CSU-Veranstaltung im Viertel erhielten die Moscheegegner ein Forum – die NPD konnten diese Veranstaltung für ihre fremdenfeindliche und rassistische Propaganda nutzen. Stadträte der CSU, die die Veranstaltung leiteten, wollten oder konnten dagegen nichts unternehmen.

Auch auf einer gut besuchten Bürgerversammlung unter der Leitung von Oberbürgermeister Ude sprach sich eine klare (Abstimmungsergebnis von 252 : 212) Mehrheit gegen den Moscheebau aus – obwohl Vertreter beider christlicher Kirchen dafür argumentiert hatten und die NPD erneut propagandistisch auftrat.

Auf Antrag des Bezirksausschusses fasste sich der Stadtrat am 22.6.05 in einer Grundsatzentscheidung mit dem Bauvorhaben. Die CSU beschränkte sich in der Juni-Vollversammlung streng auf baurechtliche Fragen und beantragte, für den geplanten Ort einen Bebauungsplan aufzustellen. Dann könnten die Bedenken der Bürger besser diskutiert und geklärt werden. Ziel dieses Antrags war klar: der Bau sollte verzögert, wenn möglich verhindert werden. Alle anderen Parteien im Stadtrat sprachen sich nach einer umfassenden Debatte für den Moscheebau aus, wobei der ehemalige Republikaner-Stadtrat bei dieser Vollversammlung fehlte.

Ein Vorfall am Rande zeigt, worum es bei dem Streit wirklich geht:

CSU-Stadtrat Dr. Babor verteilte an der Pressebank ein Pamphlet der „Anonymen Moscheewächter“, in der es unter anderem heißt: „Diejenigen, die ‚Moscheen‘ akzeptieren, akzeptieren auch die Verherrlichung ‚islamischer‘ Toteroristen ...“ Nachdem OB Ude dies öffentlich kritisierte, distanzierte sich CSU-Stadtrat Podiuk im Namen der CSU-Fraktion von dieser Aktion. Nach erregten Debatten (außerhalb der Voll-

versammlung) entschuldigte sich Stadtrat Babor, er habe mit der Verteilung einen Fehler gemacht.

Dieser Vorfall zeigt, dass es beim Thema „Bau einer Moschee“ nur oberflächlich um städtebauliche Fragen geht – unter dem Firniss handelt es sich immer um einen Angriff auf das Grundrecht der Religionsfreiheit. Er wendet sich gegen die Gleichberechtigung des Islam und der Muslime in Deutschland. Im Stadtrat sind sie damit nicht durchgekommen. *wob*

Nach der Ablehnung durch die Bürgerversammlung im Stadtteil Sendling setzt der Stadtrat mit den Stimmen der SPD, B90/Die Grünen/Rosa Liste, PDS, FDP, ÖDP und Ex-CSU Mann Dr. Baretti das Baurecht für die Moschee in Sendling durch. Die CSU versucht ihrer Gegnerschaft zu verschleiern. Der Ex-REP bleibt der Sitzung fern.



Wir dokumentieren aus der Vollversammlung von 22.6.05 Beiträge von Sedef Özakin (Bündnis 90/Die Grünen) und Brigitte Wolf (PDS)

Abbildung: „Perspektivische Zeichnung“, <http://www.initiativgruppe.de>

Aus der Diskussion des Stadtrats

Beitrag von Sedef Özakin (Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister liebe Kolleginnen und Kollegen – Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, als mein Vater Mitte der siebziger Jahre das erste Mal zum Beten gehen konnte, weil die türkische Gemeinde im Industriegebiet – weit weg von jeglicher Zivilisation – einen Gebetsraum errichten durfte.

Er ging regelmäßig in die Gebetsräume, wie jeder Christ auch in eine Kirche ging, um zu beten und anschließend Freunde zu treffen, Tee zu trinken, sich zu unterhalten und zu diskutieren und über das Heimweh zu erzählen.

Es gehört ab Mitte der siebziger Jahre zu unserem Leben dazu, dass man islamische Gebetsräume oder Moscheen hat. Es ist aber beschämend, dass sie auch nach über 40 Jahren immer noch versteckt und in Hinterhöfen und Industriegebieten sind.

Ich kann mich auch noch sehr genau daran erinnern, dass sich die islamische Gemeinde um meine Mutter kümmerte, als mein Vater starb. Sie waren diejenigen, die meine Mutter bei der Erledigung sämtlicher Formalitäten unterstützten, die Überführung des Leichnams in die Türkei organisierten und seelischen wie auch moralischen Beistand leisteten.

Das können Sie glauben, meine Damen und Herren, dass unser Sozialreferat um ein vielfaches mehr zu tun hätte, wenn es unsere Moscheen nicht gäbe.

Gerade die Mitglieder der Sendlinger Moschee kümmern sich seit Jahren um Schwerstkranke, sie begleiten Sterbende, sie kümmern sich um Verstorbene und deren Hinterbliebene, sie beschäftigen sich mit Familienproblemen, sie kümmern sich um Jugendliche, geben Nachhilfe, sind Treffpunkt für Frauen

und Männer und setzen sich seit einigen Jahren insbesondere auch mit der Problematik des Älterwerdens, der Einsamkeit und Krankheit im Alter auseinander. Sie engagieren sich ehrenamtlich in Sendling, worüber gerade die Sendlinger erfreut und stolz sein sollten.

Gerade diese seit 16 Jahren für Sendling aktiven Sendlinger wünschen sich nun sichtbarer zu werden, um ihre Angebote für jeden und jede zugänglicher zu machen. Damit wünscht sich gerade der Verein DITIM, dass sie von Andersgläubigen besucht werden. Sie wollen OFFEN FÜR EINEN DIALOG, FÜR KRITIK, FÜR ZUSAMMENARBEIT SEIN. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass gerade DITIM seit Jahren schon zum Ramadan alle Religionsvertreter der Stadt und die Politiker zum gemeinsamen Fastenbrechen einlädt. Das Fest ist jährlich gut besucht, und ein Beispiel für den religionsübergreifenden Dialog.

DITIM leistet seit Jahren Frauenarbeit. Sie hat eine GUT FUNKTIONIERENDE FRAUENGRUPPE, die sich einmal wöchentlich trifft, um aus dem Koran zu lesen und um sich mit religiösen Anliegen auseinander zu setzen. Zudem werden auch unter den Frauen Muttertag und das Zuckerfest gefeiert, wie auch Ausflüge organisiert. Gerade die Frauengruppen werden immer häufiger von älteren Migrantinnen besucht, die sonst sehr zurückgezogen leben und sehr wenige soziale Kontakte haben.

Wir Grüne nehmen die Ängste der Bürger gegenüber Fundamentalismus und Terror seit den Anschlägen in New York und Madrid sehr ernst. Wir stellen jedoch auch fest, dass von den Muslimen in München, die man auf eine Zahl von

110.000 SCHÄTZT, der WEITAUS ÜBERWIEGENDE Teil FRIEDLICH IN MÜNCHEN LEBT UND GEWALT SOWIE AUCH TERROR STRIKT ABLEHNT.

Nun, meine Damen und Herren, wie muss es nun islamisch-gläubigen Menschen gehen, wenn sie über Wochen aus der Presse entnehmen müssen, dass sie auch nach vierzig Jahren Leben, Arbeiten und Altwerden in München, vonseiten der CSU IN DER ÖFFENTLICHKEIT unerwünscht sind? Wie will die CSU eine friedliche Stadtgesellschaft sicherstellen, wenn hier berechnete Wünsche abgelehnt werden?

Ist denn Integration, und das frage ich insbesondere meine CSU-Kollegen, nicht auch die ANERKENNUNG UND WERTSCHÄTZUNG der Religion der Andersgläubigen? Wollen nicht gerade auch Sie, dass man Ihren Glauben respektiert und anerkennt?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einer Kultur ohne Vorurteile gegenüber zu treten gelingt nur dann, wenn es Gelegenheit gibt, diese Kultur kennen zu lernen. Ich stelle immer wieder fest, dass Fremdes immer bedrohlich wirkt, jedoch Bekanntes schnell seinen Schrecken verliert und akzeptiert wird.

Um allen Seiten die Gelegenheit zu geben, sich näher kennen zu lernen und Vorurteile abzubauen ist es meiner Meinung nach unerlässlich, die praktizierenden Muslime aus ihren Hinterhöfen herauszuholen.

Sie müssen Gelegenheit haben, in zentraler Lage ihre Religion auszuüben und zu einem gleichberechtigten Teil dieser Stadt zu werden.

Meine lieben Kollegen aus der CSU, wovor haben Sie eigentlich Angst?

kennbar werden, ist kein zukunftsfähiger Umgang mit kulturellen Differenzen.

Möglich, dass eine Erklärung in dem Ausspruch unserer jüngsten Ehrenbürgerin, Frau Knobloch, zu finden ist. „Wer baut, bleibt“ hat sie gesagt. Und Viele empfinden dies wohl genau so. Vielleicht sind deshalb doch so viele gegen den Bau einer sichtbaren Moschee: Weil sie sich nicht mit der Tatsache abfinden wollen, dass die Muslime in Deutschland Teil der Gesellschaft sind und bleiben werden.

Unbegreiflich ist mir, wieso Teile der CSU das Votum der Kirchen in dieser Frage buchstäblich links liegen lassen, und stattdessen der NPD Möglichkeiten zum Wirken bieten. Es wäre gut, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wenn Sie sich hiervon klar distanzieren würden. Man tut das im eigenen Lager nicht gerne, aber schließlich hat auch die PDS trotz großer Wahlkampfhoffnungen ähnlich gefährlichen Sprüchen Oskar Lafontaines eine deutliche Absage erteilt. Eine klare Abgrenzung zu rechts-extremen oder neofaschistischen Positionen ist für jede demokratische Politik unerlässlich.

Meiner Ansicht nach hat zu der Desorientierung, die sich bei uns in München in der Mehrheitsbildung zum Moscheebau zeigt, auch das Verhalten des Stadtrats in der Frage des Kopftuchverbots für Lehrerinnen an Schulen beigetragen.

Die Bildung der öffentlichen Meinung geht in groben Zügen vor sich. Wenn Staat und Stadt am Lehrkörper kein Kopftuch sehen wollen, warum ist es dann falsch, wenn Einwohner im Viertel keine Moschee und kein Minarett haben wollen? – Ganz verschiedene Fälle! sagen sie. Sie wissen doch aber ganz genau, dass die Wirkung von Kopftuchdebatte und Kopftuchgesetz den Respekt vor den Rechten der muslimischen Minderheit in der öffentlichen Meinung geschwächt hat. Nichts ist härter als Fakten. Wenn das Handeln der Verwaltung, und die Gesetze, die es regeln, nicht frei von Diskriminierung sind, können sie der Wirkungsmacht solcher Beispiele mit Reden nicht beikommen – auch wenn es gute und wohlmeinende Reden sind. Für die PDS, die als Linkspartei basisdemokratisch orientiert ist, ist es politisch schwierig, wenn der Stadtrat sich gegen das Votum einer gut besuchten Bürgerversammlung wendet. Ich halte diesen Beschluss dennoch für notwendig und richtig, da verfassungsrechtlich geschützte Menschenrechte berührt sind. Wenn München jedoch tatsächlich zu einer weltoffenen Stadt werden soll, ist es erforderlich, in solchen Fragen einen breiten Konsens der öffentlichen Meinung zu fördern. Dazu ist es auch nötig, dass städtische Politik verstärkt auf diskriminierende Wirkungen hin überprüft wird.

Aus der Diskussion des Stadtrats

Beitrag von Brigitte Wolf (PDS)

Kolleginnen und Kollegen, Herr Oberbürgermeister, der Münchner Stadtrat wird heute das Recht einer muslimischen Glaubensgemeinschaft auf eine angemessene Präsenz im öffentlichen Raum bekräftigen und die Voraussetzungen für die Durchsetzung dieses Rechtsanspruchs schaffen. Der Stadtrat wird diesen Beschluss gegen die knappe, aber deutliche Mehrheit einer Sendlinger Bürgerversammlung fassen. Diese Mehrheit ist gegen das Votum beider christlicher Kirchen zustande gekommen. Sie wurde durch die Agitation der extremen Rechten geformt und bestimmt. Aktivitäten der NPD im Vorfeld und auf der Versammlung selbst, hätten den Bürgerinnen und Bürgern klar machen sollen, worauf diese Kampagne zielt. Es geht eben gerade nicht um Parkplätze, zusätzlichen Verkehr oder die Gestaltung eines öffentlichen Plat-

zes – Probleme, die durchaus lösbar sind. Sondern es geht darum, den Münchnerinnen und Münchnern muslimischen Glaubens das Grundrecht auf Religionsfreiheit zu beschneiden.

Ich will nicht behaupten, dass eine Mehrheit der Bürgerversammlung sich im Fahrwasser der Rechtsextremen sammelt, um die gesetzlich klaren Rechte einer religiösen Minderheit auszuhebeln. Aber es stellt sich doch die Frage, wie es kommt, dass so viele Bewohner/innen einer Stadt, die in ihrem tagtäglichen Leben, in der Arbeit, in den Wohnvierteln, in Schulen und im Geschäftsverkehr, die überall auf interkulturellen Respekt angewiesen sind, nicht einsehen, dass der Moscheebau das Zusammenleben aller erleichtern würde. Von Muslimen Integration zu fordern, aber gleichzeitig zu wollen, dass sie im öffentlichen Leben der Stadt nicht er-

Verteidigt die Pressefreiheit – Solidarität mit Dr. Nikolaus Brauns

Dr. Nikolaus Brauns arbeitet als freiberuflicher Journalist u.a. für die Tageszeitungen „junge Welt“ und „Neues Deutschland“. Er hat in der Vergangenheit wiederholt kritisch über die Arbeit der Münchner Polizei sowie über rechtsextreme Umtriebe in Bayern berichtet.

Am 2. Juni 2005 befand sich Brauns im Auftrag der „jungen Welt“ in der Gaststätte „Waldfrieden“ in München-Laim. Dort fand zur gleichen Zeit ein Treffen der NPD zur Wahlkampfzubereitung statt. An diesem Treffen nahmen führende bayerische NPD-Mitglieder teil, u.a. der Bezirksvorsitzende Roland Wuttke und der wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestrafte Führer der „Kameradschaft München“ Norman Bordin. Brauns beabsichtigte, über dieses Treffen zu berichten und weitere Hintergründe zu recherchieren.

Im weiteren Verlauf betrat auch eine Gruppe von Antifaschisten die Gaststätte und brachte ihren Protest gegen die Versammlung der NPD zum Ausdruck. Es kam zur Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten. Dabei gingen auch zwei Glasscheiben zu Bruch. Die Antifaschisten verließen schon nach sehr kurzer Zeit den „Waldfrieden“ wieder. Brauns blieb weiterhin dort und die eintreffende Polizeistreife nahm seine Personalien als Zeuge auf.

In derselben Nacht wurde Brauns um 3 Uhr vor seiner Wohnung von bereits seit mehreren Stunden wartenden Polizeibeamten in Zivil festgenommen. In der nachfolgenden Vernehmung durch den Staatsschutz wurde gegen Brauns der Vorwurf erhoben, der Organisator des antifaschistischen Protests in der Gaststätte Waldfrieden gewesen zu sein. Die Polizei wertet das als schweren Hausfriedensbruch und schweren Landfriedensbruch. Selbst laut eigener Pressemitteilung stützt sich der Staatsschutz dabei auf die Aussage eines stadtbekannten Rechtsextremisten.

Ohne richterlichen Durchsuchungs-

beschuß wurde Brauns Wohnung durchsucht. Angesichts der Tatsache, dass zwischen der Auseinandersetzung im Waldfrieden und der Durchsuchung ca. acht Stunden vergangen waren und somit genug Zeit zur Einholung einer richterlichen Entscheidung bestand, widerspricht das Vorgehen von Staatsschutz und Staatsanwaltschaft einschlägigen gerichtlichen Entscheidungen.

Bei der Durchsuchung wurden nahezu sämtliche Arbeitsmittel des Journalisten Brauns beschlagnahmt: PC, Laptop, Mobiltelefon, CDs, Disketten, Terminkalender, Notizbücher und weitere schriftliche Aufzeichnungen. Diese Arbeitsmittel wurden bislang nicht zurückgegeben und die technische Abteilung der Kriminalpolizei ist anscheinend nicht in der Lage ein identisches Speicherabbild der Festplatte von Brauns zu erstellen.

Brauns Arbeit als Journalist ist damit erheblich erschwert: Vorbereitete Artikel können nicht mehr fristgerecht fertiggestellt werden, Termine nicht wahr-

Bitte richten Sie Ihre Proteste an:

Staatsanwaltschaft München I. PF 80997 München
Telefon: 089/5597-4828, Telefax: 089/55974131

Polizeipräsident Dr. Wilhelm Schmidbauer
Polizeipräsidium München
Ettstraße 2 80063 München
Tel.: 089/2910-0 Fax: 089/2910-4528
E-Mail: ppmuc@polizei.bayern.de

Kopien der Protestfaxe und
Solidaritätserklärungen an E-Mail:
pressefreiheit2005@web.de

genommen werden, Adressen und Telefonnummern nicht mehr aufgefunden werden. Faktisch handelt es sich bei dem Vorgehen des Staatsschutzes um ein halbes Berufsverbot durch die Hintertür. Es drängt sich der Eindruck auf, hier soll ein kritischer Journalist zumindest zeitweise mundtot gemacht werden. Brauns hatte sich bereits in der Vergangenheit kritisch mit dem Schutz der Polizei für Naziveranstaltungen oder dem polizeilichen Vorgehen bei Demonstrationen – z.B. aus Anlass der Sicherheitskonferenz – auseinandergesetzt.

Gleichzeitig wird Brauns auch in seiner wirtschaftlichen Existenz schwer getroffen: Er hat bereits jetzt einen beträchtlichen Verdienstausschlag erlitten.

Als Journalist ist Brauns darauf angewiesen vertrauliche Informationen zu erhalten. Landen diese umgehend beim Staatsschutz wird er in Zukunft von solchen Informationen abgeschnitten sein. Die pauschale Beschlagnahme aller Aufzeichnungen von Brauns ist auch in diesem Sinne ein Angriff auf die Pressefreiheit.

Durch seine engagierte Arbeit ist Brauns auch in das Visier der Neonazis geraten. Schon seit längerer Zeit veröffentlicht Roland Wuttke Steckbriefe bekannter Münchner Antifaschisten auf Flugblättern und im Internet, darunter auch von Brauns. Nun übernehmen die Münchner Polizeibehörden unkritisch die Darstellung der Neonazis über den Vorfall im „Waldfrieden“. Dies hat Neonazis bundesweit zu neuen und verstärkten Drohungen gegen Brauns ermutigt: Auf Neonazi-Websites wird offen darüber diskutiert sich zu bewaffnen und Brauns zu überfallen.

Wir fordern daher die Münchner Polizei und Staatsanwaltschaft auf:

- das Verfahren gegen Brauns sofort einzustellen, da es lediglich auf den haltlosen Anschuldigungen stadtbekannter Neonazis basiert
- unverzüglich alle beschlagnahmten Arbeitsmittel des Journalisten Brauns zurückzugeben
- Schadensersatz für den Verdienstausschlag von Brauns zu leisten
- Richtigstellung der offenkundig falschen Aussagen der Polizeipressestelle über Brauns gegenüber Presse und Öffentlichkeit.
- Die Sicherheitsbehörden mögen erklären, wie sie angesichts der offenen Drohungen gegen Brauns dessen Unversehrtheit von Leib und Leben zu schützen gedenken.

Dieser Aufruf wird unterstützt von: Rote Hilfe e.V., Redaktion „junge Welt“ und Verlag 8. Mai (Berlin); Pahl-Rugenstein Verlag (Bonn); Deutscher Freidenker Verband e.V. München; Redaktion Kurdistaninfo.com; Deutsch-Kurdische Gesellschaft e.V. – V.i.S.d.P. M.Krause, übriger Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. Postfach 3255 37022 Göttingen E. i. Selbstverlag

Berichtigte Daten zum Artikel in PB 12

Doppelpass-Anschreiben: Nur wenige „Doppelstaatler“

ESSEN. Nach aktuellen Zahlen der Stadt Essen haben bis zur Landtagswahl insgesamt 1.827 Personen auf das Anschreiben reagiert, ob sie seit 2000 die türkische Staatsangehörigkeit angenommen haben. Die im letzten Stadtrat-Info vermeldeten Zahlen (siehe PB 12/2005) waren veraltet. Die Rücklaufquote ist mit etwa 95 % aus Sicht der Stadt zufriedenstellend. Lediglich 51 Personen haben jedoch angegeben, wie-

der die türkische Staatsangehörigkeit angenommen zu haben. Damit haben sie nach geltendem Recht ihre deutsche Staatsangehörigkeit automatisch verloren.

Angesichts dieser geringen Zahl entpuppt sich der politische Wirbel, den vor allem die CDU, aber auch die rot-grüne Landesregierung, vor der Landtagswahl angezettelt hat, als reine Wahlkampfpropaganda auf Kosten von Migranten. Hier wurde viel Integrationspolitisches Porzellan zerschlagen. Alle Betroffenen haben in Essen Niederlassungserlaubnisse oder Aufenthaltsbe-

fugnisse bekommen, so dass ihr Aufenthaltsstatus wieder gesichert ist. Bisher haben nur wenige die deutsche Staatsbürgerschaft wieder beantragt.

Insgesamt sind in Essen nach endgültigem Stand 1.895 Menschen verpflichtet, sich zu erklären. Diejenigen, die bisher nicht geantwortet haben, sollen jetzt erneut angeschrieben werden. In dem Schreiben wird ihnen ein Zwangsgeld von 200 Euro angedroht, wenn sie die Auskunft weiterhin verweigern. Der Spuk ist also noch nicht zu Ende, die Betroffenen brauchen weiter Hilfe und Unterstützung. *Gabriele Giesecke*

Kommunalwahlrecht für alle! STRASBURG. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) hat am 24.6.2005 die Mitglieds- und Beobachterstaaten dazu aufgefordert, allen ihren Bürgern (Staatsangehörigen) das Wahlrecht zu gewähren, ohne Forderungen in Bezug auf den Aufenthaltsort damit zu verbinden. In dem verabschiedeten Text über die Aufhebung der Einschränkungen beim Wahlrecht erklärt die Versammlung, dass alle Staatsangehörigen verpflichtet sind, kommunale Steuern zu zahlen, und dass die Beschlüsse kommunaler Behörden einen direkten Einfluss auf ihr Leben haben. „Das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sollte daher allen Einwohnern gewährt werden, ungeachtet ihrer Nationalität oder Volkszugehörigkeit.“ Angesichts eines möglichen Loyalitätskonfliktes zwischen dem Land, dem eine Person als Staatsangehöriger angehört, und dem Aufenthaltsland, sollte jedoch „das aktive und passive Wahlrecht bei nationalen Wahlen (Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen) generell an die Staatsangehörigkeit gekoppelt sein“. Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten sollten die Möglichkeit haben, sich frei zu entscheiden, in welchem Land sie dieses Wahlrecht ausüben möchten. Auf den Vorschlag des Berichterstatters, Mehdi Eker (Türkei, EPP/DC), forderten die Parlamentarier die Mitgliedsstaaten auch dazu auf, die Ausübung des Wahlrechts durch im Ausland lebende Staatsbürger zu erleichtern, indem sie ein Wahlrecht in Abwesenheit vorsehen (Briefwahl und/oder Wahl über das Konsulat) sowie die bestehenden Einschränkungen des Wahlrechtes für Häftlinge, einer Straftat überführte Personen und Angehörige der Streitkräfte zu überprüfen „mit dem Ziel, alle jene Einschränkungen, die nicht mehr notwendig oder bei der Verfolgung eines berechtigten Ziels unangebracht sind, abzuschaffen“. <http://assembly.coe.int>

Protest gegen Naziaufmarsch: BRAUNSCHWEIG. „Deutlich mehr als 2.000 Bürgerinnen und Bürger, die in der ganzen Stadt friedlich gezeigt haben, dass die NPD hier nichts zu suchen hat, sind ein ermutigendes Zeichen“, resümiert Detlef Kunkel, 1. Bevollmächtigter der Braunschweiger IG Metall, die Proteste gegen den Aufzug der Neonazis am 18. Juni in der Braunschweiger Innenstadt. Zum Schutz des Aufmarsches von etwa 200 Neonazis setzte die Polizei 3000 Beamte ein. „Beschämend war der unverhältnismäßige Polizeieinsatz, mit dem der Weg für die NPD frei gemacht wurde“, betont Detlef Kunkel in einer Stellungnahme am Sonntag nach der Demonstration. „Bürgerinnen und Bürger, die für ein

friedliches Miteinander in der Stadt eintraten, sahen sich plötzlich dem Wasserwerfer ausgesetzt oder wurden stundenlang im Polizeikessel festgehalten.“ Durch Protestaktionen in der gesamten Innenstadt konnte der spukhafte Umzug der Ewiggestrigen erheblich behindert werden. Der Ratsherr Udo Sommerfeld (PDS) hat den folgenden Antrag für die kommende Ratssitzung am 5. Juli gestellt: „Der Rat möge beschließen: Der Rat der Stadt Braunschweig missbilligt den in seinen Augen unverhältnismäßigen Einsatz der Polizei gegen friedliche Demonstranten am 18. Juni in Braunschweig. Gerade auch vor dem Hintergrund der vom Rat in Bezug auf den NPD-Aufmarsch einstimmig beschlossenen Resolution dankt die Stadt Braunschweig den Tausenden antifaschistischen Demonstranten, die an diesem Tag ganz im Sinne der Resolution gegen Rechtsextremismus und Gewalt und für ein tolerantes Braunschweig demonstriert haben.“

www.igm-bs.de
www.pds-braunschweig.de

Umzugsaufforderung gestoppt: BOCHUM. Nach den massiven Protesten von Mieterverein, PDS und Sozialer Liste hat die rot-grüne Mehrheit im Rat am 23.6.2005 mit einem Änderungsantrag im Sozialausschuss eine Vorlage ihrer Verwaltung veragt, nach der ca. 800 Haushalte, die ALG II empfangen, zum Umzug aufgefordert werden sollten. In einer Erklärung von SPD und Grünen nach der Sitzung heißt es: „Wir gehen davon aus, dass bis Oktober keine Aufforderungen zum Wohnungswechsel ausgesprochen werden.“ Die Vertagung der Vorlage mit der Aufforderung, sie mit sozialen Kriterien zu versehen, war einstimmig beschlossen worden. Gabriela Schäfer, sozialpolitische Sprecherin der SPD, zeigte sich in der Sitzung äußerst verärgert über den Mieterverein, der erneut soviel öffentlichen Druck erzeugt hatte, dass die rot-grüne Koalition ihre Verwaltung zurückpfeifen musste. www.bo-alternativ.de

Suppenküchen nehmen zu. BERLIN. Bis Ende 2005 wird sich, so der Verein „Berliner Tafel“, die Zahl der Suppenküchen in Berlin, an denen an Bedürftige kostenloses Essen abgegeben wird, verdreifacht haben. Seit der Einführung von Hartz IV hat der Verein, der sich aus Beiträgen und Spenden finanziert, einen regelrechten „Ansturm“ auf die kostenlosen Suppenküchen festgestellt. Von 50 soll die Zahl der kostenlosen Suppenküchen in Berlin deshalb bis Jahresende auf 150 erhöht werden. Etwa 100 davon will die „Berliner Tafel“ aus ihren Beiträgen und Spenden finanzieren. Die meisten Küchen werden von Kirchen oder Wohlfahrtssein-

richtungen betrieben. Anspruch auf eine kostenlose Mahlzeit haben alle Personen, die durch ihren Arbeitslosen-, Sozialhilfe- oder Rentenbescheid belegen können, dass sie weniger als 900 Euro im Monat zum Leben haben. 50 bis 350 Menschen stehen jeden Tag vor den jeweiligen Ausgabestellen, in ganz Berlin sollen es nach Angaben des Vereins zur Zeit etwa 30.000 Menschen sein. *Berliner Zeitung*, 22./23.6.05, rül

Energiewirtschaftsgesetz: BERLIN. „Bund und Länder haben bei ihrem Kompromiss im Vermittlungsausschuss eine Kürzung der den Städten und Gemeinden zustehenden Konzessionsabgabe von jährlich 150 Mio. Euro vereinbart. Dies ist vor dem Hintergrund der nach wie vor sehr angespannten Finanzlage der Kommunen nicht hinnehmbar“, stellte Dr. Gerhard Landsberg für den DStGB fest. Durch die nun im Vermittlungsausschuss vereinbarte Neufassung des Energiewirtschaftsrechts erfolgt für den Gasbereich eine deutliche Kürzung. Bund und Länder haben in dem seit mehr als einem Jahr dauernden Gesetzgebungsverfahren wiederholt erhebliche Energiepreissenkungen versprochen. Bei ihrer mühsamen Kompromissfindung hat sich jedoch gezeigt, dass dieses Versprechen kaum einzuhalten sein wird. „Deshalb müssen jetzt die Städte und Gemeinden bluten, um voreilige Zusagen wenigstens teilweise erfüllen zu können“, stellte Landsberg fest. www.dstgb.de

„Schwere Kost“: KÖLN. Nach der endgültigen Verabschiedung des Energiewirtschaftsgesetzes sieht der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) ein Ende lang anhaltender Rechtsunsicherheit für die Unternehmen. Insgesamt serviere der Gesetzgeber mit diesem EnWG-Paket schwere Kost. Die Belastungen für die Stadtwerke seien groß und nur schwer zu verkraften. Dies gelte für die auf die Unternehmen zukommenden Kosten durch eine übermäßige Bürokratie mit umfassenden Berichts- und Dokumentationspflichten, sowie für die Erfüllung der Entflechtungsvorschriften (Unbundling), wo schon mittlere Stadtwerke mit Belastungen in Höhe von 3 bis 10 Millionen Euro rechnen müssten. Aus diesen Gründen sehe der VKU auch keinen großen Spielraum für Strom- und Gaspreissenkungen, zumal die Netzentgelte, die zukünftig reguliert würden, nur ein Drittel des Gesamtpreises ausmachten und außerdem die Notwendigkeit bestehe, eine stabile Netzqualität zu erhalten. Im Stromerzeugungsbereich ständen die Stadtwerke weiterhin einem Oligopol der großen vier Konzerne gegenüber. www.vku.de
Zusammenstellung: ulj

Berlin: Tarifkonflikt bei der BVG beigelegt – Tarifbindung vergrößert

Der seit mittlerweile fast zwei Jahren andauernde Tarifkonflikt bei der Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) ist beigelegt. 80% der ver.di-Mitglieder haben dem Kompromiss zugestimmt.

Bei der BVG sind momentan etwa 11.500 Beschäftigte, davon 80% gewerkschaftlich organisiert. Nach dem Zusammenschluss mit den Ostberliner Verkehrsbetrieben sind mehr als die Hälfte des Personals abgebaut worden. Zum Vergleich: Im Jahre 1991 waren noch 27.500 Personen bei der BVG beschäftigt, 2004 waren es nur noch 12.500.

Hintergrund

Seit Juli 2003 lag ein zwischen ver.di und dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV), dem die BVG angehört, ausgehandelter Tarifvertrag vor, was fehlte war die Zustimmung des Eigners, also des Berliner Senats. Ihm war die Einsparsumme von 24 Mio. Euro/Jahr nicht genug. Außerdem war er nicht bereit, dem Unternehmen gegenüber eine verbindliche Bestandsgarantie abzugeben.

ben. Mit den ursprünglich geplanten Neuregelungen, hätten die Altbeschäftigten auf durchschnittlich 8% ihres Einkommens verzichtet, neu Eingestellte sogar auf ca. 25%. Die Laufzeit sollte 10 Jahre betragen. Während dieser Zeit sollte eine Beschäftigungssicherung gelten und der Verzicht auf Neu-, Aus- und Umgründungen vereinbart werden.

Nach einem Warnstreik Ende Mai wurde eine dreitägige Urabstimmung vom 14.–16.6. eingeleitet. Kurz vor Ende der Urabstimmung wurde – unter Beteiligung des ver.di-Bundesvorsitzenden und des Regierenden Bürgermeisters ein neuer Kompromiss erzielt.

Der neue Kompromiss

Die Einsparsumme beträgt 38,5 Mio. Euro/Jahr, die Laufzeit 15 Jahre, Beginn ist der 1.9.2005.

- Die Arbeitszeit von Arbeitern und Angestellten (Ost und West) wird auf 39 Stunden pro Woche vereinheitlicht,

ohne dass damit Auswirkungen auf den Lohn verbunden sind. In einem weiteren Schritt wird die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten ohne Lohnausgleich auf 36,5 Stunden pro Woche reduziert.

- Das Weihnachtsgeld (Zuwendung) wird auf 1.000 Euro für alle festgelegt. Das Urlaubsgeld entfällt.

- Die Gesamtvergütung der Beschäftigten im außertariflichen (AT) und Vorstands-Bereichen wird um 12 Prozent gekürzt.

- Ab 2008 werden Verhandlungen über eine Beteiligung an den Tarifsteigerungen im Öffentlichen Dienst aufgenommen.

Besonders hervorzuheben ist, dass dieser Tarifvertrag auch Auswirkungen auf die BVG-Tochterfirma „Berlin Transport“ hat, dass also nicht nur auf den Kernbereich geschaut wird. Folglich wird bei der „Berlin Transport“ die wöchentliche Arbeitszeit von jetzt 41,75 Stunden auf 39 Stunden pro Woche bei

Hamburg

500 demonstrierten gegen LBK

Hamburg. Am 20. Juni demonstrierten 500 Beschäftigte des kürzlich privatisierten Landesbetriebs Krankenhäuser auf dem Gänsemarkt gegen die angekündigten Maßnahmen der Asklepios-Geschäftsführung. Neben Stellenstreichungen sollen Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen werden, die Schichtzulagen gekürzt werden und die 40-Stundenwoche wieder eingeführt werden. ver.di hatte zu dieser Aktion aufgerufen unter den Losungen: • Billig ist krank! • Gute Arbeit braucht gute Bedingungen! • Kein Lohndumping in den Krankenhäusern! • Wir fordern die Übernahme des Tarifvertrages des Öffentlichen Dienstes!

Aus dem Flugblattaufwurf:

„Über 25.000 Menschen arbeiten in Hamburgs Krankenhäusern. Etwas über die Hälfte von ihnen ist tarifgebunden. Das bedeutet, dass Löhne und Gehälter, aber auch Arbeitszeiten, Urlaubsansprüche, Kündigungsfristen und andere Arbeitsbedingungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt werden. Auf die anderen Krankenhäuser strahlte diese Tarifbindung aus:

Kirchliche Krankenhäuser orientierten sich in der Vergangenheit mit ihren arbeitsvertraglichen Richtlinien an den Tarifen, die für die öffentlichen Krankenhäuser galten. In Einzelarbeitsverträgen wurde auf die Tarifverträge Bezug genommen. Damit war eine Ver-

DIE WELT.de
HAMBURG
Di 29. Juni 2005

Senat prüft Verkauf weiterer Anteile am LBK Hamburg

Über die Zukunft des LBK Hamburg und die Beteiligung der Stadt ranken sich neue Spekulationen. Es geht um die Frage, ob die Hansestadt die Sperr-Minorität von 25,1 Prozent am neuen LBK Hamburg aufgibt. Die Beteiligung war in der Vergangenheit als Sicherheitsgarantie für die Beschäftigten und die Krankenhausversorgung in der Hansestadt bezeichnet worden. Sie gilt als Faustpfand für die Möglichkeit, ein wesentliches Wort beispielsweise bei der Standort- oder Investitionsplanung mitzureden.

**Letzte
Meldung**

gleichbarkeit unter den Krankenhäusern weitgehend hergestellt, sowohl was die Kosten als auch was die Arbeitsbedingungen anging. Nun wollen die tarifgebundenen Krankenhäuser aus den Arbeitgeberverband austreten. Der LBK und das Asklepios-Westklinikum haben den Austritt zum 30.6.05 schon erklärt, das UKE hat sich die Option noch offen gehalten. Das Ganze passiert zu einem Zeitpunkt, an dem die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf Bundesebene mit dem Abschluss des Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) einen modernen neuen Tarifvertrag abgeschlossen haben.

Aber den Arbeitgebern in den Hamburger Krankenhäuser geht es offensichtlich nicht um ein modernes Tarifrecht: Ihnen geht es um Kostensenkung zu Lasten der Beschäftigten und der Patienten.“ Die Hamburger Krankenhausgesellschaft, die die Kliniken außerhalb des LBK vertritt, hat am Dienstag gleiche Schritte wie Asklepios angekündigt.

Bürgermeister Ole von Beust (CDU) hat das Vorgehen der Asklepios-Chefe-

tage verteidigt, darunter auch die Forderung nach Erhöhung der Arbeitszeiten und den Austritt des LBK aus dem Arbeitgeberverband. Von Beust: „Es ist ja nun nicht so, dass der böse Betreiber Asklepios seine Vampirzähne in den LBK schlägt.“ Zugleich wird bekannt, dass der Senat prüft, ob die Hansestadt die Sperr-Minorität von 25,1 Prozent am neuen LBK Hamburg aufgibt. Die Beteiligung war in der Vergangenheit als Sicherheitsgarantie für die Beschäftigten und die Krankenhausversorgung in der Hansestadt bezeichnet worden. Sie gilt als Faustpfand für die Möglichkeit, ein wesentliches Wort beispielsweise bei der Standort- oder Investitionsplanung mitzureden. Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, kommentierte folglich: „Viele haben es gehaut, einige gewußt, die meisten befürchtet: Der Senat stiehlt sich aus der Verantwortung.“ Er habe zunächst „mit einem niederträchtig schlechten Vertrag Volksvermögen an Asklepios verschenkt“ und dann die Unternehmensführung komplett abgetreten. ulj

Lohnausgleich abgesenkt. Es wird ein Spartentarifvertragsniveau auf Stundenlohnbasis für „Berlin Transport“ mit 39 Stunden/Woche vereinbart.

Gegenleistungen der BVG bzw. des Eigners Land sind:

- Der vorliegende Tarifvertrag Nahverkehr soll das verbindliche Tarifniveau für die Vergabe von Nahverkehrsleistungen in Berlin bilden.

- Die BVG verbleibt im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV), „Berlin Transport“ wird dem KAV beitreten.

- Für alle Arbeitnehmer/innen, die vor 1995 bei der BVG beschäftigt waren, gilt ein Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Für Beschäftigte, die nach 1995 eingestellt wurden, gilt bis 31. August 2020 ebenfalls ein Kündigungsschutz, sofern sie ver.di-Mitglied sind.

- Es wurde vereinbart, dass der Eigner bekennt, die BVG zu 100 Prozent in öffentlichem Eigentum zu belassen.

- Er gibt eine Garantie des vollen Auftragsvolumens bis 2020. Die Fremdvergabequoten sind ebenfalls fixiert worden:

55 Prozent der Verkehrsdienstleistungen behält die BVG, bis zu 37 Prozent gehen an die Berlin Transport. Damit ist eine Öffnung der BVG für Neueinstellungen im Fahrerbereich zu TV-N-Bedingungen verbunden. Sonstige Anbieter erhalten einen maximalen Anteil von acht Prozent.

- Es wird auf Neu- Aus- und Umgründungen verzichtet, wenn damit beabsichtigt ist, die vereinbarten Tarifniveaus zu unterlaufen.

- Die Ausbildung bei der BVG bleibt erhalten. Es wird weiterhin über Bedarf ausgebildet, und Azubis werden nach erfolgreicher Ausbildung für mindestens ein Jahr und einen Tag übernommen.

Fazit

Ver.di könne viele ihrer Forderungen, die sich nicht unmittelbar auf das Jahreseinkommen beziehen, durchsetzen.

Der Einkommenseinbußen von knapp 10% bedeuten für einen Fahrer, der bisher 37.000 Euro/Jahr verdient, brutto ca. 250 Euro pro Monat weniger, netto verringert sich der Verlust je nach Steuerklasse noch einmal. Damit liegen die BVG-Beschäftigten eher unter den Einkommensverlusten, die für den öffentlichen Dienst vor ziemlich genau zwei Jahren vereinbart wurden.

Zum zweiten Mal wurde in einem westlichen Tarifgebiet die Arbeitszeit auf von 38,5 auf 39 Stunden erhöht. Dies dürfte bei einigen Linken auf Kritik stoßen. Die gleichzeitige Absenkung mit Lohnausgleich für Ostberliner Beschäftigte und Beschäftigte der Tochterfirma sind jedoch ein Erfolg. Das Ergebnis der Urabstimmung zeigt, dass Gewerkschaften doch über den „Tellerrand“ hinweg sehen können.

har

Handel gegen Mehrwertsteuererhöhung. HB, Fr./Sa., 17./18.06. Die deutschen Handelskonzerne haben die Politiker vor einer Mehrwertsteuererhöhung gewarnt. „Die Empfehlung kann nur sein, nicht weiter an der Kaufkraft der Kunden zu knabbern“, so Metro-Vorstandschef H.-J. Körber. Der Deutsche Einzelhandels (HDE) begründet seine Ablehnung mit der Befürchtung, die Konzernchefs könnten weiter Arbeitsplätze abbauen, da sie angesichts der mangelnden Kaufkraft keine Möglichkeit sehen, die erhöhte Verbrauchersteuer an die Kunden abzugeben.

BDI: Kulturelle Identität Europas bewahren. HB, Mo, 6.06. Im Gegensatz zum Vorsitzenden des Europaausschusses des Bundestages, M. Wissmann, der den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU für ungewiss hält, ist BDI-Präsident J. Thumann sicher, dass die beiden Staaten der EU beitreten werden. Nach der Aufnahme der beiden Länder stoße die Erweiterung Europas aber an „ihre Akzeptanzgrenze“. Europa dürfe nicht zu schnell weiterwachsen. Thumann verwies auf Moldawien, die Türkei oder die Ukraine. „Wir müssen dafür sorgen, dass die kulturelle Identität in Europa nicht verloren geht“.

Wirtschaftsverbände fordern starke Persönlichkeiten in einer schwarz-gelben Regierung. HB, Di., 7.06. „Das ... Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit einer Partei ... steht und fällt natürlich mit Personen. Wenn eine Partei den Wirtschaftsminister stellt, kann sie ihre wirtschaftliche Kompetenz besser darstellen als in der Opposition. Die FDP ist zur Zeit die einzige Partei, die überhaupt ein Programm hat, das für die wichtigsten Handlungsfelder Lösungen bietet“, sagte der Hauptgeschäftsführer des BDI, L. von Wartenberg. Der Präsident des DIHK, L. G. Braun sagte: „Es genügt nicht, einfach das Wirtschaftsministerium zu fordern. Sondern es liegt an den starken Persönlichkeiten, die sich in eine mögliche schwarz-gelbe Regierung einbringen könnten.“

Arbeitgeber gegen Gerichtspräsidentin. FAZ, Fr., 17.06. Die neue Präsidentin des Bundesarbeitsgerichtes, I. Schmidt, hat mit Äußerungen zur Arbeitsmarktpolitik Kritik ausgelöst. Arbeitgeberpräsident D. Hundt griff die Gerichtspräsidentin in ungewöhnlich scharfer Form an. Sie übernehme weitgehend einseitig die Positionen der Gewerkschaften. „Dies ist mit der Position der höchsten Arbeitsrichterin nicht vereinbar.“ Sie sagte auf die Frage, wie viele Arbeitslose auf das Konto des Kündigungsschutzrechtes gehen: „Einige glauben gern, dass Arbeitsmarkt minus Arbeitsrecht Vollbeschäftigung ergibt.“

BDI: Franzosen stimmten aus nationa-

len Gründen mit Nein. HB, Di., 31.5.05. J. Thumann, BDI-Präsident, wertet das Nein Frankreichs zur EU als innenpolitisches Votum: „Die Franzosen wollten Chirac und seiner Regierung einen Denkzettel geben. Der Präsident hat ja schon eine Kabinetts-umbildung angekündigt, insofern war es ein Erfolg für linke wie rechte Nationalisten. Das Nein ist ganz sicher auch ein ernster Warnschuss gegen europäische Bürokratie.“

Automobilindustrie mahnt staatliche Förderung für Dieselpartikel-Filter an. HB, Mi., 1.6.05. VDA-Präsident B. Gottschalk unterstützt VW-Konzernchef B. Pischetsrieder in seiner Kritik an der Bundesregierung. Dieser hatte das Zögern bei der Förderung für Dieselpartikelfilter scharf kritisiert. Wenn Umweltminister J. Trittin nicht zu seinen Versprechen der Förderung stehe, habe er dem Ziel der schnellen Verbreitung der Dieselfilter einen Bärendienst erwiesen.

Amerikanische Handelskammer verzeichnet viele Befürworter zu Heuschrecken-Thesen. Die Amerikanische Handelskammer in Deutschland erntete mit einer Umfrage auf ihrer Homepage zur Kapitalismuskritik von SPD-Chef F. Müntefering 37,7 % „grundsätzliche Zustimmung“ der User zu den Heuschrecken-Thesen. Lediglich ebenfalls 37,7 % entschieden sich für die erwartungsgemäße Antwort, dass mit „Irritationen bei ausländischen Investoren“ zu rechnen sei. 114 User hatten teilgenommen.

EU-Kommission erleichtert Mittelstand Auslandsgeschäfte. Die EU-Kommission plant, dass künftig jedes Unternehmen über das heimische Finanzamt auch die Umsatzsteuer an die Staatskassen anderer EU-Mitgliedstaaten abführen kann. Dies würde z.B. einem deutschen Unternehmen, das für einen französischen Kunden in Frankreich eine Garage baut, ersparen, sich in Frankreich zu registrieren und eine französische Mehrwertsteuererklärung abgeben zu müssen. M. Lefarth, Steuerexperte des Handwerksverbandes ZDH erklärte: „Für die Unternehmen wäre die zentrale Anlaufstelle ein Riesenfortschritt“. Für kleine Mittelständler wäre es so erst möglich, Kunden in den Nachbarländern zu suchen.

Offenlegung der Managergehälter von BDI abgelehnt. HB, Fr./Sa., 3./4.6.05. Der BDI lehnt die zwangsweise Veröffentlichung der Managergehälter per Gesetz – wie jetzt von Bundesregierung geplant – ab und verweist auf den seit 2002 gültigen Verhaltenskodex für eine ordentliche Unternehmensführung (Corporate Governance) wonach Aktiengesellschaften ihre Vorstandsbezüge freiwillig mitteilen sollen. *Presseauswertung: rst*

Dokumente zu: PDS/WASG

Lothar Bisky an die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS

Ich bitte euch, das Vorhaben einer neuen Linken in Deutschland engagiert zu unterstützen

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

unmittelbar nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen machten Franz Müntefering und Gerhard Schröder den Vorschlag, den Deutschen Bundestag bereits in diesem Jahr neu zu wählen. Oskar Lafontaine erklärte, dass er für ein Bündnis von PDS und Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) zur Verfügung steht. Auf dem so genannten Kleinen Parteitag der PDS am 28. Mai wurde der Vorschlag positiv aufgenommen, mit der WASG in Gespräche einzutreten. Es folgten turbulente Tage.

In nur drei Wochen erzielten wir in wichtigen Fragen Einigungen, denen auch unser Parteivorstand zugestimmt hat:

PDS und WASG wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Prozess der Vereinigung gestalten und so ein erweitertes Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg bringen;

bei vorgezogenen Bundestagswahlen im Jahr 2005 werden beide Parteien nicht gegeneinander antreten;

die PDS wird ihre Listen zur Bundestagswahl 2005 auch Mitgliedern der WASG öffnen;

als ein Zeichen dafür, dass wir etwas Neues beginnen wollen, ist die PDS bereit, ihren Namen zu ändern und hat dazu eine außerordentliche Tagung des 9. Parteitages zum 17. Juli nach Berlin einberufen.

Mit all dem sind Emotionen verbunden und werden Traditionen berührt. Es geht um die Wahrung und die Entwicklung von Identitäten und vieles mehr. Klar war und klar muss bleiben, dass wir uns penibel im Rahmen der Parteien- und Wahlgesetzgebung der Bundesrepublik bewegen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir innerhalb kurzer Zeit zum zweiten Male vor einer großen Chance stehen. Die erste haben wir genutzt mit der Gründung der Europäischen Linkspartei. Die zweite Chance tut sich in der Bundesrepublik Deutschland auf. Man mag sie historisch nennen oder auch nicht. Aber sie bietet sich jetzt. So brauchen wir jetzt den Mut zur Entscheidung.

Die Chance des Augenblicks besteht

darin, in Deutschland ein Zeichen zu setzen, dass sich die Linke nicht immer mehr splittet, sondern aufeinander zugeht;

darin, ein Beispiel dafür zu schaffen, dass etwas gleichberechtigt zusammenwachsen kann, was in Ost und West unterschiedliche Wurzeln hat und bis heute auch unterschiedliche Milieus repräsentiert und anspricht;

darin, in Deutschland links von der SPD eine Kraft zu konstituieren, die sich dauerhaft als drittstärkste politische Kraft erweisen kann.

All das potenziert sich zu neuen Chancen für eine auf soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie gerichtete Politik. Wir können unseren politischen Absichten größeres Gewicht verleihen, also dem, wofür es uns als Partei gibt. Alles das kann dazu führen, dass es erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland links von der SPD eine Partei gibt, die dauerhaft und bundesweit gesellschaftlichen Einfluss ausüben kann, die auch von vielen Menschen, die sie nicht wählen, zum akzeptierten Teil des politischen Spektrums gerechnet wird.

In diesen Tagen beobachten wir Akzentverschiebungen sozialdemokratischer oder rot-grüner Politik, zum Beispiel zu Löhnen und Abgaben. Das hat gewiss viele Ursachen, aber auch der verstärkte Druck von links gehört wohl dazu! Es ist der Druck einer Linkspartei, die bislang nur als Medienprodukt existiert.

Für mich ist auch klar: Ohne einen neuartigen Impuls hat die PDS keine dauerhafte Perspektive. Es gibt Mut machende Zeichen: Seit dem 23. Mai haben rund 500 Menschen allein im Berliner Karl-Liebknecht-Haus ihre Absicht erklärt, jetzt Mitglied der Partei werden zu wollen. Das ist in dieser Dimension einmalig in der Geschichte der PDS.

Wichtiges bringen wir in einen möglichen Vereinigungsprozess ein. Unsere Programmatik und unsere politischen Konzepte, unser Gestaltungsanspruch und unsere Erfahrungen gehören dazu. Meine feste Überzeugung ist, dass wir uns auf einen Weg begeben, auf dem die PDS an Kraft gewinnen kann, auf dem sie auch ihre besondere Verankerung im Osten Deutschlands nicht etwa preisgibt, sondern stärkt und dem Westaufbau weitere Perspektiven öffnet. Vergessen sollten wir überdies nicht, dass wir im Grunde angetreten sind, die Welt zu verändern. Das sollte die Fähigkeit einschließen, uns selbst zu verändern!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Gesprächsgruppen von PDS und WASG haben intensiv verhandelt. Wir sind fair miteinander umgegangen, weil

wir ein gemeinsames Ziel haben. Bisweilen war der Ton auch hart, einmal standen die Gespräche sogar kurz vor dem Abbruch. Da ging es um die Frage, zu welcher Änderung ihres Namens die PDS jetzt bereit sei.

Ich kann es verstehen, dass es für Mitglieder der WASG schwer ist, auf Listen einer Partei anzutreten, deren Namen besonders im Westen nicht immer einen positiven Klang hat – ein Umstand, gegen den ich auftrete, dessen Existenz ich aber nicht bestreiten kann.

Ich weiß, wie groß die Zumutung für die WASG ist, jetzt faktisch auf das zu verzichten, weshalb sie sich als Wahlalternative gebildet hat, nämlich auf die eigenständige Kandidatur zur Bundestagswahl.

Wir wiederum haben in den Gesprächen immer deutlich gesagt, dass wir programmatisch am demokratischen Sozialismus festhalten und deshalb stets als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten handeln und handeln werden.

Der Parteivorstand schlägt dem für den 17. Juli einberufenen Parteitag vor, die PDS umzubenennen in „Die Linkspartei“. Die Partei wird den Zusatz „PDS“ tragen, wobei die einzelnen Landesverbände über dessen Verwendung auf Landesparteitagen entscheiden. Ich gehe davon aus, dass die Landesverbände in Berlin und in den neuen Bundesländern den Zusatz „PDS“ beschließen werden, und nehme an, dass das in einigen westdeutschen Landesverbänden anders sein wird. Dann ist auch klar, dass „PDS“ in der Wahlwerbung und in vielen Ländern auf den Stimmzetteln auftauchen wird. Letzteres zum Beispiel als „Die Linkspartei. PDS Landesverband ...“, verbunden mit der denkbaren Kurzform „Links. PDS“. Also: Wir machen durch eine Namensänderung unseren Willen deutlich, unsere Identität erweitern und die Partei für noch mehr Menschen linker Einstellung öffnen zu wollen. Zugleich verschwinden die Buchstaben PDS nicht aus dem politischen Leben und der Öffentlichkeit dieses Landes. Wir betreiben keinen Etikettenschwindel.

Parteinamen wie „Linke“ oder „Linkspartei“ zur Bezeichnung politischer Kräfte, die eine kapitalismuskritische bis antikapitalistische Haltung haben, sind international durchaus üblich.

Konkret betrachtet, dient die Charakterisierung als „links“ solchen Parteien oder Organisationen dazu, sich von der Sozialdemokratie und ihren Parteien im jeweiligen Land zu unterscheiden. Beispiele sind die Linkspartei in Schweden, die Vereinte Linke in Spanien, Die Linke in Luxemburg, die Est-

nische Linkspartei oder die Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPISMOS) aus Griechenland.

Bei internationalen Zusammenhängen wird „links“ verwendet, um die Vielfalt und pluralistische Zusammenarbeit solcher Kräfte zu kennzeichnen. Ein Beispiel ist die Fraktion Vereinte Europäische Linke im Europäischen Parlament, die es seit 1994 gibt, später mit dem Zusatz Nordische Grüne Linke (Abkürzung GUE/NGL), in der die PDS seit 1999 mitarbeitet. Ebenso die Partei der Europäischen Linken, die die PDS im vergangenen Jahr mitgegründet hat. Alle Parteien, die dort zusammenarbeiten, orientieren als langfristiges Ziel auf eine demokratische, sozialistische Gesellschaft.

Natürlich weiß ich, dass die Umbenennung vielen Mitgliedern und Freunden der Partei auch schwer fällt. Die größeren Möglichkeiten jedoch, die sich damit verbinden, scheinen mir den Kompromiss nicht nur erträglich, sondern zwingend notwendig zu machen. Über einen endgültigen Namen der aus dem Vereinigungsprozess hervorgehenden Partei müssen wir uns in den nächsten zwei Jahren noch gemeinsam verständigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

ich kann mich nicht daran erinnern, dass jemals ein neues politisches Projekt so viel Aufmerksamkeit gefunden hat, bevor es offiziell auf den Weg gebracht wurde. Das belegt ein Blick in die Zeitungen. Es waren mit einem neuen Projekt auch nie so viele Erwartungen verbunden. Das belegt ein Blick auf die aktuellen Umfragen. Ganz augenscheinlich sehen viele Menschen hier eine reale Gegenkraft zur scheinbar alternativen rot-grün-schwarz-gelben Politik. Und natürlich wird ein Wahlvorschlag viele Wählerinnen und Wähler ansprechen, der mit den Namen Oskar Lafontaine und Gregor Gysi verbunden ist und mit weiteren Namen verbunden sein wird, die für eine Politik sozialer Gerechtigkeit stehen.

Ein neues Projekt ist ohne Risiko nicht zu haben. Aber ich sehe zuerst die Chancen! Deshalb werbe ich dafür, dass wir zur Bundestagswahl 2005 unsere Listen öffnen. Deshalb werbe ich dafür, diesen Prozess zu verbinden mit einer Namensänderung. Deshalb werbe ich für eine Vereinigung von PDS und WASG, die auch offen für andere ist. Diese Vereinigung sollten wir in den nächsten zwei Jahren anstreben und dazu nach der Bundestagswahl 2005 eine Urabstimmung durchführen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, den Vorschlag des Parteivorstandes an den Parteitag in euren Basisgruppen zu erörtern und das Vorhaben einer neuen Linken in Deutschland engagiert zu unterstützen. 24.06.2005

Selbstbewusst in den Bundestagswahlkampf

Landesparteitag der PDS NRW beschließt Unterstützung für Öffnung

Die PDS NRW will mit der WASG und anderen Linken zusammengehen, nicht nur bei der Bundestagswahl. Das ist das wichtigste Ergebnis des Landesparteitages am letzten Wochenende in Dortmund. Mit nur wenigen Gegenstimmen beschlossen die bis zu 150 stimmberechtigten Teilnehmerinnen und Teilnehmer: „Die PDS NRW will aktiv den Prozess der Kooperation und einer möglichen Fusion mit der WASG innerhalb der nächsten beiden Jahre gestalten. Weitere linke Kräfte sollten unseres Erachtens dazukommen ... Wir sind für einen gleichberechtigten Prozess auf gleicher Augenhöhe, wie von der WASG gefordert – auch in NRW. Um ihn zu organisieren, sollte schnellstmöglich die gemeinsame Diskussion in den Kreisen, von ‚unten‘ gesucht werden.“ Für die Bundestagswahl sollen die Landesliste der PDS und die Direktkandidaturen noch deutlicher als in der Vergangenheit für andere Linke geöffnet werden.

Ebenso groß war aber auch die Mehrheit für den unten dokumentierten Antrag „Offene Grenzen für Menschen in Not – Gleiche Rechte für alle. Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Migrant/-innen!“ Viele Rednerinnen und Redner kritisierten ausdrücklich die „Fremdarbeiter“-Äußerungen von Oskar Lafontaine und seine Positionen zum EU-Beitritt der Türkei und zur Osterweiterung der EU. Sie lehnten eine Rückwendung zum Nationalstaat als Antwort auf Billiglohnkonkurrenz ebenso ab wie eine „Kapitalismus-Kritik von Rechts“. „Demokratischer Sozialismus ist internationalistisch, oder er ist nicht,“ sagte Katina Schubert, PDS-Parteivorstandsmitglied, unter großem Beifall. Vielen war klar, dass es sich bei Lafontaines Äußerungen nicht um „Ausrutscher“ handelt und auch nicht einfach um eine Wahlkampfstrategie. Es geht vielmehr um programmatische Fragen. Auch der neugewählte Landesvorsitzende der WASG, Wolfgang Zimmermann, setzte sich in der Diskussion von Lafontaines Äußerungen kritisch ab.

Im Leitantrag „befürwortet“ der Landesparteitag zwar die Bereitschaft Oskar Lafontaines, in NRW als Spitzenkandidat der Offenen Liste der PDS bzw. der Linkspartei. anzutreten. Aber auch dort heißt es: „Die PDS NRW erwartet von allen Kandidatinnen und Kandidaten, dass sie auf der Grundlage des vom PDS-Parteitag Ende August zu beschließenden Wahlprogramms arbeiten ... Grundlage jeder sozialen Auseinandersetzung bleibt die internationale Solidarität. ‚Deutsche‘ und ‚ausländische‘ Beschäftigte dürfen nicht gegen-

einander ausgespielt werden.“

Umstritten war dagegen die geplante Namensänderung der PDS. Hierzu lag ein Antrag der PDS Bochum vor, mit dem der Landesvorstand aufgefordert wurde, sich für den bundesweiten Namen „Die Linkspartei.PDS“ auszusprechen. Dadurch sollte einerseits die notwendige Öffnung deutlich gemacht werden, andererseits aber auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass es noch kein neues, gemeinsames Programm gibt und bis zur Bundestagswahl auch nicht geben wird. Der Antrag wurde leidenschaftlich diskutiert, schließlich aber mit einer deutlichen Mehrheit abgelehnt. Die anwesenden Vorstandsmitglieder der WASG NRW äußerten sich nicht zur Namensfrage. Paul Schäfer, wiedergewählter Landessprecher der PDS, setzte sich für den Namen „Die Linkspartei.Demokratische Sozialisten“ für den Landesverband ein.

Ein kurzes Fazit des Landesparteitages: Die PDS NRW will sich nicht um den Namen streiten und will mit Oskar Lafontaine in den Wahlkampf ziehen. Sie sieht aber erheblichen programmatischen Klärungsbedarf und will sich darum auch streiten. Ein Stück weit war der gut besuchte Landesparteitag von Aufbruchstimmung geprägt, aber auch von Selbstbewusstsein. Ulrike Detjen, „dienstältestes“ Landesvorstandsmitglied, wurde neben Paul Schäfer zur Sprecherin gewählt, Wolfgang Freye zum Landesschatzmeister wiedergewählt. In dem auf 16 Mitglieder erweiterten Landesvorstand sind diesmal vier Migrantinnen und Migranten. Selahattin Yildirim aus Dortmund erhielt bei seiner Vorstellung viel Beifall für den Satz: „Ich will die PDS auch zu einer Migrantenpartei machen!“ wof

Beschluss des Landesparteitages der PDS NRW am 25.6.2005

**Offene Grenzen für Menschen in Not – Gleiche Rechte für alle
Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Migrant/-innen!**

Fragen der Migration in die Bundesrepublik Deutschland haben in den letzten Jahren deutlich an Gewicht gewonnen. Menschen mit Migrationshintergrund, ob mit oder ohne deutschen Pass, spielen eine zunehmend wichtigere politische Rolle. Angesichts dieser Entwicklung hält der Landesparteitag der PDS NRW es für unabdingbar, dass migrationspolitische Positionen im Wahlprogramm, im Wahlkampf und im Programm einer nach den Bundestagswahlen entstehenden neuen Linkspartei eine wichtige Rolle spielen.

- Wir erwarten, dass die PDS für eine Migrationspolitik eintritt, die sich an den Menschenrechten orientiert und allen Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik haben, die

gleichen Rechte garantiert – auch auf dem Arbeitsmarkt. „Illegale“, die zum Teil viele Jahre hier leben, müssen endlich legalisiert werden.

- Wir sind für eine Integrationspolitik, die davon ausgeht, dass Integration ein zweiseitiger Prozess ist, der Einwandernde und aufnehmende Gesellschaft gleichermaßen fordert. Das an der Herkunft orientierte deutsche Staatsbürgerschaftsrecht muss endlich durch ein am Territorialprinzip orientiertes ersetzt werden. Die doppelte Staatsbürgerschaft muss möglich sein.

- Wir sind dafür, dass das seit 1993 von Bundestag und Bundesrat immer mehr bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Grundrecht auf Asyl wieder hergestellt wird. Wir treten für offene Grenzen für Menschen in Not ein.

- Die Bundesrepublik muss endlich die UN-Konvention für Wanderarbeiter ratifizieren, die soziale Mindeststandards festlegt, damit Arbeiter aus anderen Ländern nicht zum Spielball von Profitinteressen des Kapitals werden, und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig in Kraft setzen.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten der Offenen Listen der PDS sollen sich selbstverständlich an die Grundpositionen des in diesem Sinne zu erarbeitenden Wahlprogramms halten.

Einen Wahlkampf auf dem Rücken von Zuwanderern, Flüchtlingen oder anderen Minderheiten lehnt die PDS NRW entschieden ab. Unsere politischen Positionen sind damit nicht vereinbar. Wir bitten Oskar Lafontaine, die Verwendung des von den Nazis für Zwangsarbeiter geprägten Unwortes „Fremdarbeiter“ zu unterlassen. Wir erwarten, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten der Offenen Liste Äußerungen, die als fremdenfeindlich verstanden werden können, vermeiden.

Die Antwort auf ausländische Billiglohnkonkurrenz darf keine Politik nationaler Abschottung sein. Die Osterweiterung der EU kann und darf nicht rückgängig gemacht werden. Die PDS hat sich auch für einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen, sofern sie die Kopenhagener Kriterien vor allem in Menschenrechtsfragen einhält.

Gegen Billiglohnkonkurrenz stehen die gleichen Forderungen, wie gegen die von rot-grün und schwarz-gelb betriebene Politik der Ausweitung des Niedriglohnssektors: Die Forderungen nach einem Mindestlohn, nach einer sozialen Grundsicherung, die den Namen verdient, und nach internationalen Arbeits- und Sozialstandards.

Die EU muss von einer wirtschaftlichen und politischen Union endlich auch zu einer Sozialunion weiterentwickelt werden.

Antragsteller/innen: Ali Atalan (Münster), Jonas Benz (Rhein-Sieg), Dr. Kemal Bozay (Köln), Jörg Detjen (Köln), Ulrike Detjen (Köln), Anja Faber (Dortmund), Wolfgang Freye (Essen), Udo Gabriel

(Unna), Gabriele Giesecke (Essen), Kirsten Janke (Dortmund), Thorsten Jannoff (Gelsenkirchen), Dieter Kimhofer (Voerde), Wolfgang Klinger (Moers), Ingrid Kolbe (Duisburg), Michael Kretschmer (Düsseldorf), Niema Movassat (Oberhausen), Karl Mühsiepen (Ratingen), Paul Schäfer (Köln), Michael Schrubba (Wesel), Katina Schubert (Bonn), Margit Schlüter (Voerde), Cornelia Seltmann (Essen), Knud Vöcking (Warendorf), Uwe Vorberg (Bochum)

Mit großer Mehrheit angenommen.

„Diese Position werde ich knallhart vertreten“

Interview von Oskar Lafontaine in der Taz vom 28. Juni

Oskar Lafontaine scheint die Kritik aus den Reihen der PDS und WASG nicht sonderlich zu interessieren. Im taz-Interview setzt er seinen Populismus munter fort.

Sie haben in Chemnitz gesagt, der Staat müsse deutsche Familienväter und Frauen vor „Fremdarbeitern“ schützen. Aber ich möchte doch auch die Millionen ausländischer Arbeitnehmer schützen, die jahrzehntelang in Deutschland Sozialbeiträge gezahlt haben.

Selbst Ihre künftigen Parteifreunde scheinen Ihnen zu misstrauen: Die Berliner PDS fordert Sie auf, „jede Form von Wahlkampf auf dem Rücken von Migranten zu unterlassen“.

Eine linke Partei muss konsequent die Rechte der Arbeitnehmer vertreten. Wir können nicht zulassen, dass viele Menschen arbeitslos werden, weil das Problem der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte nicht geregelt ist.

Diese Position werde ich knallhart vertreten. Achselzuckend zuzusehen, wie Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, ist nicht links, sondern rücksichtslos.

Ist es links, Menschen, die in EU-Länder flüchten wollen, in Lagern in Afrika unterbringen zu wollen?

Ich möchte bei dieser Frage auf die Arbeit meiner Frau verweisen, die sich in einer Stiftung gegen die Beschneidung afrikanischer Mädchen einsetzt, vor Ort und mit viel Erfolg. Wir müssen die sozialen Bedingungen in Afrika verbessern.

Die Grünen meinen, es sei nicht links, das Androhen von Folter im Polizeiverhör zu rechtfertigen, wie Sie es im Fall des Frankfurter Polizeipräsidenten Daschner über die Bild-Zeitung getan haben.

Die Grünen haben doch der Folter unschuldiger Menschen in großem Umfang zugestimmt – nämlich in Jugosla-

wien und Afghanistan im Rahmen der Angriffskriege. Offensichtlich verschließen sie die Augen vor den Folgen ihres Handelns. Im Fall Daschner haben sie das Problem nicht verstanden.

Meine Hauptkritikerin Claudia Roth ist ja der Meinung, dass der Staat tatenlos zusehen soll, wie ein Kind gequält und gefoltert wird und in einer solchen Situation dem feststehenden Täter keine Gewalt androhen darf. Diese von der großen Mehrheit des Volks ebenfalls abgelehnte Prinzipienreiterei teile ich nicht.

Vielleicht ist die Frage, was links ist, doch nicht so einfach zu beantworten?

Die rot-grüne Regierung hat nachweislich viele der ehemaligen Positionen der sie tragenden Parteien verraten. Soziale Kürzungen und völkerrechtswidrige Angriffskriege sind nicht links.

Wenn Ihre neue Linkspartei tatsächlich in den Bundestag käme – was würden Sie dort tun?

Wie dringend wir dort benötigt werden, sieht man doch schon jetzt. Kaum waren wir am Horizont aufgetaucht, schon änderten die Hartz-IV-Parteien ihre Politik. Plötzlich befürworteten sie Lohnerhöhungen. Auf einmal nehmen sie in Aussicht, das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose wieder zu verlängern.

Das ist ein großer Erfolg der neuen Linkspartei. Jetzt soll auch das Arbeitslosengeld II in Ost und West angeglichen werden. Ein Erfolg, den vor allem die PDS für sich in Anspruch nehmen kann. Bei Rot-Grün wird jetzt sogar über Konjunkturprogramme geredet. Das Tollste ist: Die SPD, die noch vor kurzem die Steuer für Millionäre gesenkt und zugleich Renten gekürzt hat, redet jetzt wieder von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Wenn die SPD sich besinnt, ist die Linkspartei also überflüssig?

Nein, denn die führenden Sozialdemokraten haben leider bewiesen, dass sie nach der Wahl anders handeln, als sie vorher reden. Deshalb ist die Linkspartei im Bundestag dringend notwendig.

Ihr Ko-Spitzenkandidat Gregor Gysi möchte im Bundestag Alternativen zum „neoliberalen Mainstream“ diskutieren. Sie klingen, als könnten Sie schon alle Rezepte.

Es ist bewiesen, dass man Rentner, Arbeitnehmer und Arbeitslose anders behandeln kann, als Rot-Grün es getan hat. Die skandinavischen Länder verbinden eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik mit einem dicht geknüpften sozialen Netz. Es geht also.

(...)

Aus Platzgründen um die letzte Frage/Antwort gekürzt.

Zusammenstellung: jöd

Ein Plädoyer für die säkulare Gesellschaft

Zur Eröffnung einer sehenswerten Fotoausstellung in der Zentrale der Stadtparkasse Augsburg über Friedenssignale wenig bekannter Kulturen sprach der Hamburger Sozialwissenschaftler Jan Philipp Reemtsma über das Thema „Muss man Religiosität respektieren?“ Der Beitrag war pointiert und wurde anschließend in der doch recht stark religiös geprägten Augsburger guten Gesellschaft kontrovers diskutiert. Hier einige Notizen vom Vortrag.

Er begann mit dem Satz des Kardinals Meissner, der vor einigen Wochen Skandal machte – Meissner hatte Holocaust und Abtreibung auf eine Stufe gestellt. Eine solche Auffassung, so Reemtsma, sei für Katholiken, nach deren Auffassung der Embryo bereits mit der Zeugung eine Seele habe, völlig normal.

Zu unterscheiden sei der öffentliche Raum, der in der säkularen Gesellschaft von keiner Religion bestimmt sei, von der Religion, die hier Privatsache zu sein habe. Den historischen Anfang für die Trennung des weltlichen Staates von der Religion habe der Augsburger Religionsfrieden gesetzt, der eben eine Vereinbarung von Fürsten, nicht von Religionsführern war und in dem bekannten Satz „cuius regio, eius religio“ zusammengefasst wurde: Der Herrscher bestimmt die Religion der Untertanen.

Religiosität definierte Reemtsma so: „Religiosität besteht in der Überzeugung, dass die Welt nicht aus sich heraus verstanden werden kann: Das Eigentliche können wir nicht herausbekommen, und auf das Eigentliche kommt es an.“ – „Religiosität bedeutet die Überzeugung, über einen privilegierten Zugang zur Wahrheit zu verfügen.“ – „Der säkulare Staat hat keinen privilegierten Zugang zur Wahrheit. Auch keine wissenschaftliche Weltanschauung als Ersatzreligion.“ So bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen der säkularen Gesellschaft und religiösen Menschen, die sich im Besitz eines privilegierten Zugangs zur Wahrheit sehen.

Der nächste Kernbegriff des Vortrags war der des Respekts. Ist Religiosität zu respektieren? Die Religionsgemeinschaften gehen in der Regel davon aus, dass der säkularen Gesellschaft Sinn / Werte / Orientierung fehlten. Hierzu zitierte Reemtsma zahlreiche Äußerungen des verstorbenen Papstes, in denen dieser der säkularen Gesellschaft immer wieder dieses angebliche Manko vorwarf.

Für dieses „Sinndefizit“ sah Reemtsma drei Möglichkeiten:

1. Das Ursprungsproblem – es gebe die Auffassung, Normen wie die von der Gleichheit aller Menschen seien religiösen Ursprungs („Gleichheit vor Gott“). Hiergegen wandte er ein, Ideen seien nicht ihrem Entstehungskontext verpflichtet. Sie entstünden in bestimmten Kontexten immer wieder. Es sei auch sehr fraglich, ob die Idee der bürgerlichen Gleichheit wirklich aus der Gleichheit vor Gott entstanden sei.

2. Es gibt kein verbindliches Sinn-Angebot.

3. Viele Menschen haben ein Bedürfnis nach vorgegebenem Sinn.

Er selbst sah den Mangel an Sinnvorschriften gerade als die Würde der säkularen Gesellschaft an.

Aber der gläubige Mensch „glaubt nicht, es sich ausgesucht zu haben, was er glaubt“. Oder in den Worten des ehemaligen Kardinals Ratzinger: „Sinn, der selbst gemacht ist, ist letztlich kein Sinn.“

Einer solchen Haltung gegenüber gibt es für Reemtsma eine „Bereitschaft zum Respekt nicht unbedingt: kein Respekt vor Fanatikern. Respekt erhält man für Respekt.“ Es müsse der „Rahmen bürgerlicher Dezenz“ eingehalten werden. Wenn z. B. Johannes Paul II. den Schwangerschaftsabbruch als „Kultur des Todes“ bezeichnet habe, so belege er sich damit in Gegensatz zur säkularen Gesellschaft.

Oft werde Agnostikern auch schon die Fähigkeit abgesprochen, gedanklich ohne Gott auszukommen. „Es ist nicht so, dass an die Stelle des Abendgebets für den Agnostiker die stille Genugtuung tritt, gar nichts zu glauben – er tut es nur nicht.“

Der nächste Kernbegriff im Vortrag war die „Kopftuchdebatte“. Nach Reemtsma sollte es der Stolz der säkularen Gesellschaft sein, im Schleier nichts weiter als ein Modeaccessoire zu sehen. Man solle tolerieren, dass jemand aus religiösen Gründen sein Gesicht verbirgt. Der säkulare Staat „darf das gar nicht wissen wollen“. Ihn hätten allerdings die Inhalte zu interessieren, die die religiöse Lehrerin vertritt, nicht aber ihre Kleidung. „Moralische Normen sind für jeden, der nicht religiös ist, genauso verbindlich.“

Dass auch der religiöse Mensch sich zu seinen Auffassungen im Verlauf seines Lebens entschieden hat, werde von vielen bestritten. Nur in der Psychotherapie sei das „ich bin religiös“ nicht das Ende der Diskussion, dort werde der Entscheidungscharakter hervorgehoben, um die erforderliche Ich-Stärkung zu bewirken – also das a-religiöse Gefühl, selbst über sein Leben entscheiden zu können.

Es war ein hörenswerter Vortrag. Wie die Stadtdekanin Susanne Kasch gegenüber der Presse bedauerte, bestand keine Möglichkeit zur öffentlichen Diskussion. Zumindest aber wurde die Be-

reitschaft zur Diskussion durch diesen Vortrag deutlich gestärkt.

(mif, aus: *Berichte aus Augsburg und Schwaben*, 24.6.05)

**Leseempfehlung: Aus dem Berufsleben
eines DDR-Auslandskorrespondenten**

Mit Joaquim Chissano im Busch

In diesem Monat hat in Berlin ein neuer Verlag von sich Reden gemacht. Er präsentierte der Öffentlichkeit sein erstes Buch. Peter Spacek, ehemals Auslandskorrespondent von Radio DDR, schrieb Anekdoten aus seinem Berufsleben.

Die Titelüberschrift scheint verwirrend: „War ich wirklich in Mocambique?“ Eine Frage, die ihm in der sowjetischen Botschaft in Daressalam gestellt wurde, als er von einer dreiwöchigen Reise aus Mocambique zurückkehrte. Dort im Busch, unweit der Grenze zu Tansania, wo er eigentlich akkreditiert war, erzählte ihm sein Truppführer, Joaquim Chissano, das es Probleme mit Munition für sowjetische Waffen gäbe, die von den Befreiungstruppen der FRELIMO benutzt wurden. Deshalb hatte er sich an die sowjetische Botschaft gewendet. Jetzt wurde diese Frage zum Titel seines kurzweiligen Buches gemacht. Übrigens: Chissano wurde nach dem Tode von Samora Machel, Präsident Mocambiques.

Während seines dreiwöchigen Fußmarsches durch befreite Gebiete Mocambiques ging sein größter Wunsch in Erfüllung. Er konnte mit dem Armeechef und späteren Präsidenten der FRELIMO, Samoa Machel ein längeres Interview führen. Außerhalb Mocambiques gab es nur Legenden über Machel. Das hing auch damit zusammen, das Machel sich fast nur im Kampfgebiet aufhielt und ihn außerhalb des Landes niemand kannte. Es war übrigens das erste Interview, das je ein Journalist mit Machel führte. Nach diesem Besuch im Busch schrieb Spacek eine ganze Seite für „Neues Deutschland“ und andere DDR-Zeitungen. Später hat dann die Moskauer „Literaturnaja Gazeta“ diese Seite übersetzt und veröffentlicht. Auch zwei schwedische Zeitungen haben das ND nachgedruckt.

Die FRELIMO war also gut beraten, unabhängige Zeugen ins Land zu holen. Augenzeugenwissen hat immer mehr Wahrheitsgehalt als Gedankenakrobatik in bürgerlichen Redaktionsstuben. Die Berichterstattung muss sogar in der BRD aufgefallen sein. Eines Tages besuchte plötzlich der Moderator des BRD-Fernsehens Dagobert Lindau den Korrespondenten von Radio DDR in Daressalam. Er könne es doch weiter bringen, wenn Spacek in die Bundesre-

publik überwechselte. Nach einer eindeutigen Abfuhr besuchte ihn schließlich ein Mitarbeiter der „Deutschen Welle“ und bot ihm an, für diese auch zu arbeiten. Auch daraus wurde natürlich nichts.

Nach fünfjähriger Tätigkeit in Ostafrika kehrten der Korrespondent und seine Familie wieder nach Berlin zurück. Er übernahm leitende Funktionen in der Redaktion Außenpolitik, begleitete mehrfach Partei- und Regierungsdelegationen als Sonder-Korrespondent.

1982 wurde er als ständiger Korrespondent von Radio DDR nach Peking geschickt. Dort wurde ihm als Dolmetscher und Betreuer ein hoher chinesischer Beamter aus dem Außenministerium beigegeben. Spacek berichtete live über das Leben der chinesischen Menschen in Peking, über den Kaiserpalast und seine 999 Räume, über die Große Mauer und die Ming-Gräber, aus Nanjing über einen bedeutenden Maler, der in der DDR studiert hatte. In der Unfallstation eines Peking Krankenhauses konnte er sich mit der Kunst chinesischer Ärzte vertraut machen, die mittels Mikrochirurgie abgetrennte Gliedmaßen wieder annähten.

Die pragmatische Wirtschaftspolitik, die den Jahren der Kulturrevolution folgte, formulierte leicht fassbare Begriffe. So gab es früher die „Vier alten Errungenschaften“: Thermosflasche, Uhr, Radio und Fahrrad. Jetzt folgten die „Vier neuen Errungenschaften“: Ventilator, Fernseher, Waschmaschine und eventuell auch Kühlschrank. „Bei meinen Reisen“, so schreibt Spacek „... waren es aber ausnahmslos Waschmaschinen ohne Heizung, weil das sonst die damalige Stromversorgung nicht ausgehalten hätte“. Woraus sich auch der heutige Energiehunger der chinesischen Wirtschaft erklärt.

Die fünf Schlusskommentare des Buches befassen sich mit der Rolle der DDR-Journalistik und der Informationspolitik des untergegangenen Staates.

Eine sehr kritische, offene und ehrliche Abrechnung aus der Sicht des Autors. Bravo Peter.

Franz-Karl Hitze



Peter Spacek:
„War ich wirklich in Mocambique?“
– Als DDR-Korrespondent auf vier Kontinenten / Verlag edition-weiße Seiten, Berlin 2005, brosch., ill., 178 S., Preis 11,80 € / ISBN: 3-00-016422-7

Die ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS lädt ein

Linke Sommerschule 2005

11. bis 13. August in Sondershausen, Thüringen

Seit 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch, auch in diesem Sommer wieder mit drei Kursangeboten.

Kurs Geschichte:
„Antifaschistisch-demokratischer Neuanfang 1945 und danach?“

Als am 8. Mai 1945 die Waffen schwiegen, lagen große Teile Europas und Deutschlands in Trümmern. Diese Trümmer waren nicht nur materieller, sondern auch geistiger Art. 12 Jahre Nazidiktatur hatten ihre Spuren nicht nur in der Landschaft, sondern auch in den Köpfen hinterlassen. Während die verschiedenen politischen Richtungen, insbesondere auch die beiden Arbeiterparteien, im Exil Pläne und Konzeptionen für einen Neubeginn ausgearbeitet hatten, während die nun in Deutschland die Macht übernehmenden Siegermächte über die weitere Zukunft des Landes berieten, begannen von unten her Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen das Leben wieder in Gang zu setzen. Das Interessante ist, dass dieser Neuanfang „nicht aus dem Bauch“, sondern auf Grundlage eigener Überlegungen basierte. Dieser Neuanfang von Unten wird ein Schwerpunkt der Sommerschule 2005 sein, wenngleich wir dabei immer mitbeachten müssen, dass „nicht von unten, vom Willen der geprüften Menschen her, sondern von oben, von den Zentralen der mächtigen Sieger, die weitere Entwicklung bestimmt wurde“ (Peter Weiss).

Die AG Geschichte wird sich in Texten, Dokumenten und Quellen mit antifaschistisch-demokratischen Neuanfängen bzw. den Versuchen dazu sowie dem Weiterwirken faschistischer Kontinuitäten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft befassen. So soll der antifaschistische Neuanfang an konkreten Beispielen vor Ort (z.B. Elmsborn; Gera) ebenso wie anhand unterschiedlicher Konzeptionen zum Neubeginn (z.B. Buchenwalder Manifest) untersucht werden. Am Beispiel Thüringens während der Jahre 1945-1948 wird der Neubeginn im Bereich des Bildungswesens thematisiert.

Für die westlichen Besatzungszonen und die BRD wird deutlich, dass antifaschistische Neuanfänge sehr schnell von den staatlichen Stellen zurückgedrängt werden – nicht selten mit Billigung der West-Alliierten – zugunsten struktureller und personeller Kontinuitäten. Die-

sen Entwicklungen wird in den Bereichen Verwaltung, Justiz sowie Sozialstaat und Wirtschaft – auch an konkreten Beispielen – nachgegangen; ebenso werden Hintergründe des (angeblichen) „Wirtschaftswunders“ beleuchtet. Die Diskussion wird offen sein für Fragen nach Bezügen zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Die Lesematerialien können auf Wunsch vorab zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorbereitungsgruppe

Kurs Wirtschaft:
Politik als Wachstums- und Konjunkturpolitik

Wegen der politischen Zuspitzungen in der BRD und in Europa habe wir uns kurzfristig entschlossen, in den Themenkomplex „Wirtschaftliche Entwicklung – Konjunktur – Konjunkturpolitik“ einzusteigen. Der moderne Staat lebt von der Wirtschaft, er ist durch Steuern und Abgaben finanziert. Stagnation der Wirtschaft führt in die Einnahmekrise. Die Wirtschaftskrise führt zur Staatskrise.

Für die moderne Wirtschaft fungiert der Staat nicht nur als Garant von Recht und Gesetz. Die Bereitstellung von Infrastruktur auf öffentlich-rechtlichem Wege ist unverzichtbare Voraussetzung allen privaten Wirtschaftens geworden. Die Einnahmekrise des Staates schlägt auf das Wirtschaften zurück.

Das Staatshandeln kann auf politischem Wege beeinflusst werden. Ordnungspolitik, Investitionen in öffentliche Einrichtungen, Lenkung von Wirtschaftsaktivitäten durch Subventionen und Zuschüsse, Reduktion der so genannten Sozialausgaben werden durch politische Mehrheitsbildung legitimiert.

So rückt die Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Die Losung „Sozial ist, was Arbeit schafft“ tut so, als wäre im Sinne einer Arbeitsvorschrift klar, welche politischen Entscheidungen „Arbeit schaffen“ oder eben nicht.

Die Vorstellung eines solchen, mechanisch gedachten Zusammenhangs liegt auch zu Grunde, wenn die Regierung davon redet, dass zu ihrem Handeln „keine Alternative“ bestehe.

So ist die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Politik und Wirtschaft nicht beschaffen. Politische Entschlüsse beeinflussen die Wirtschaftssubjekte und auch die Funk-

tionsweise des Wirtschaftssystems, sie können sogar einen Handlungszwang setzen.

Die Wirtschaftssubjekte haben aber ein weites Feld von Möglichkeiten, auf derartige Zwänge hin zu agieren.

Darüber hinaus müssen sie mit ihrem Handeln keineswegs nur die Anregungen und Zwänge aus dem politischen System verarbeiten, sondern viel mehr noch die bilanzierbaren Ereignisse auf den Märkten, auf denen sie ein- und verkaufen.

Aber gerade weil „die Politik“ mit Blick auf „die Wirtschaft“ was unternehmen muss, und je schwieriger die Lage „der Wirtschaft“, um so mehr ist es nicht mehr zu umgehen, sich mit den Theorien über die wirtschaftliche Entwicklung zu beschäftigen, auf deren Basis der politische Streit um diese oder jene Maßnahme geführt wird.

So wollen wir vorgehen

Am Donnerstag sollen kurze, grundlegende Texte von Adam Smith, 18./19. Jahrhundert, Max Weber und/oder Werner Sombart, 19./20. Jahrhundert sowie des US-Ökonomen Stiglitz, 20./21. Jahrhundert zum Verhältnis Staat/Wirtschaft gelesen und diskutiert werden, um die historisch unterschiedliche Sichtweise auf das Verhältnis beider Systeme zu verstehen.

Am Freitag wollen wir uns dann mit den herrschenden Lehrmeinungen zu den Aufgaben, Zielen und Problemen der Konjunktur- und Wachstumspolitik befassen. Dazu dienen Texte von Ulrich Baßeler u.a., „Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft“, von Herbert Giersch, „Konjunktur- und Wachstumspolitik“ und von Joseph Alois Schumpeter.

Am Samstag wollen wir einen halben Tag lang die US-Politik Roosevelts im „New Deal“, also staatliches Handeln in einer wirtschaftlichen Großkrise beraten, die andere Hälfte soll der Information über aktuelle Instrumente staatlicher Regional- und Strukturpolitik (GA = Gemeinschaftsaufgabe regionale Strukturpolitik, Europäischer Sozialfonds ESF, Europäischer Strukturfonds EFRE) und deren praktische Anwendung und Bedeutung für regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik dienen.

Damit würden wir uns zugleich einen Einstieg verschaffen in eine spätere ausführlichere Diskussion sowohl von Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik (z.B. in Metropolen) wie von Fragen der europäischen Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Vorbereitung: chc, maf, rül

Kurs Philosophie/Soziologie: Interkulturelles Zusammenleben

Die Aktualität des Themas, über das wir uns im Winterkurs verständigt hatten, wird gerade in diesen Tagen wieder besonders deutlich. Die Krise der europä-

ischen Unionierung, die sich im Scheitern der EU-Verfassung äußert, führt unmittelbar zu verstärkter kultureller Abgrenzung gegenüber der Türkei, deren Mitgliedschaft in weite Ferne gerückt wird, eine Abgrenzung, die die Migrationsbevölkerung in der BRD/EU, insbesondere die mit islamischem Hintergrund, als verstärkte kulturelle Ausgrenzung zu spüren bekommt.

Die Internationalisierung der Wirtschaftstätigkeit hat zu einem Bedeutungsverlust der nationalen Regierungen und der Grenzen geführt, doch in der Einwanderungspolitik spielen die alten Konzepte von Nationalstaat und Staatsgrenzen (bzw. EU-Grenzen) eine immer noch entscheidende Rolle. Bis in die Linke hinein gibt es eine Tendenz, die durch Destabilisierung der Beschäftigung erzeugten sozialen Ängste und die auf den Nationalstaat gerichtete Erwartungshaltung nationalistisch aufzunehmen. Während der Austausch von Kapital, Waren, Informationen und Kultur sich grenzüberschreitend entwickelt, gelten für Menschen immer noch alte Zugehörigkeitskonzepte und bekommen Einwanderer auch in der zweiten oder dritten Generation als „Fremde“, die irgendwie nicht dazugehören, Ablehnung und Zurückweisung zu spüren.

Die Gewalt, mit denen die westliche Welt ihr Konzept der Modernisierung durchzusetzen versucht, verschärft die politischen und militärischen Konflikte zu einem „Kampf der Kulturen“. Dabei ist es heute kaum noch möglich, im öffentlichen Raum über politische Konflikte zu sprechen, die Sunniten und Schiiten, Kurden, Tamilen und Singalesen, Sikhs und Hindus betreffen oder auch allgemein den Islam, ohne dass binnen kurzem Kategorien wie „Fundamentalismus“ oder „Terrorismus“ eingeworfen werden, Kategorien, die ebenso diejenigen moralisch aufwerten, die sie benutzen, wie sie diejenigen moralisch abwerten oder gar kriminalisieren, die sie bezeichnen.

Wir wollen uns in diesem Kurs mit der insbesondere von Huntington vertretenen Weltdeutung befassen, die die gegenwärtige Geschichte als Aufeinanderprallen der Kulturen fasst und die für die alles bewegende Frage die Frage hält, wer „wir“ im Unterschied zu und in Abgrenzung von anderen sind. Wir wollen uns mit Reaktionen auf die westlichen Bevormundungs- und Überwältigungsstrategien insbesondere in der islamischen Welt auseinandersetzen und schließlich mit unterschiedlichen Ansätzen, mit kultureller Differenz umzugehen und sie zur Bereicherung statt zur Abgrenzung zu nutzen. Dabei stützen wir uns auf Texte von Huntington, John Rawls, Edward Said und Fouad Alalam, eventuell Saskia Sassen. Die Texte werden zu Beginn des Kurses fotokopiert vorliegen. Weitere Vorschläge sind

ebenso erwünscht wie Angebote zur Vorbereitung spezieller Gesichtspunkte.

Eva Detscher, Christiane Schneider

Wann?

Donnerstag, 11. August, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis Samstag, 13. August

Achtung: Aufgrund des Wahlkampfes werden alle Kurse nicht wie üblich am Sonntag beendet, sondern am Samstag, den 13. August gegen 16.00 bis 17.00 Uhr, so dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch am gleichen Tag zurückreisen können.

Wo?

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59

Die Preise haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Die Übernachtung kostet pro Person und Tag im Doppelzimmer 17 Euro, im Einzelzimmer 22 Euro. Die Kosten für die Verpflegung belaufen sich auf 4 Euro für das Frühstück (5 Euro für erweitertes Frühstück), Anmeldung für Halb- bzw. Vollpension vor Ort.

Anmeldung

möglichst bald und verbindlich bei:
Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25
20359 Hamburg
Tel (0 40) 43 18 88 20,
Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Einladung zur Mitgliederversammlung der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“

Freitag, 12. August, 19.00 Uhr
Jugendwohnheim Juventas,
Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen

Vorschlag zur Tagesordnung

1. Bundestagswahlen, Linksbündnis, Perspektiven
2. Parteiratsdelegierte(r). Wie auf der letzten Mitgliederversammlung berichtet, kann die ArGe eine/n Delegierte/n zum Parteirat entsenden. Wir hatten im Winter niemanden gewählt, uns aber vorgenommen, die Frage im Sommer erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Gegebenenfalls also Wahl des/der Delegierten zum Parteirat.
3. Verschiedenes



9. Juli. Berlin. Bundesdelegiertenkonferenz B90/Die Grünen.

17. Juli, Berlin. Außerordentliche Tagung des Parteitags der PDS zur Statutenänderung, Änderung des Parteinamens.

20. Juli. Berlin. Öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr im Bendler-Block und Gegenaktionen. Näheres www.geloeb-nix.de

21. bis 24. Juli. Erfurt. Bundesweites Sozialforum. In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.



Einladung zum 1. Sozialforum in Deutschland

Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen, sich am

Ersten Sozialforum in Deutschland vom 21. bis 24. Juli 2005 in Erfurt

mit ihren eigenen Vorschlägen und Vorstellungen zu beteiligen und am Vorbereitungsprozess mitzuwirken.

Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre.

28. Juli bis 6. August. Aktions-Radltour (Tour 1) „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ – 60 Jahre Hiroshima. Route: Amberg – Regensburg – Ingolstadt – Augsburg – Ulm – Engstingen – Tübingen – Stuttgart – Ramstein – Büchel, (9 Tagesetappen mit Streckenlängen zwischen 50 und 80 km), Veranstalter: DFG/VK. www.dfg-vk.de

5. und 6. August. Weltweit. 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Zahlreiche örtliche Gedenkaktionen der Friedensbewegung sind geplant. Eine Übersicht über die Termine bietet: www.friedenskooperative.de.

11. bis 14. August. Sondershausen. Linke Sommerschule.

27. August, Berlin. 2. Tagung des Parteitags der PDS. Beschlussfassung des Wahlprogramms

28. August. Dortmund. Wahlparteitag der CDU.

31. August. Berlin. Sonderparteitag der SPD.

2. September. Nürnberg. Parteitag der CSU.

10. September. Berlin. Sonderparteitag der FDP.

22. September. Köln: (geplant) Aktion(en) "Ent-Löbnix" beim Soldaten-Gelöbnis auf Roncalliplatz aus Anlaß des 50 jährigen Bestehens der Bundeswehr

3. Oktober. Bonn. Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.

9. Oktober. Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

26. Oktober. Berlin: (geplant) Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr am Reichstag aus Anlass 50 Jahre Bundeswehr + Aktionen der Friedensbewegung www.kampagne.de

28./29. Oktober. Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

14.–17. November. Karlsruhe. SPD-Bundesparteitag (Vorstandswahlen)

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Sept.	alle Länder, vorgez.	Bundestag	18.9.	4 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder, regulär	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de